Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 59. Montag, den 11. März 1918. 25. Jahrg.

Die Zukunft Litauens.

Von Eduard David.

Das zaristische Riesenreich hat aufgehört zu existieren. Der Koloß auf thönernen Füßen, wie der alte Liebknecht zu sagen pflegte, ist in Stücke zerbrochen. Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die Grund hätten, das zu bedauern. Die Zusammenhaltung dieses durch Gewalt und Raub zusammengezwungenen, jetzt wieder auseinanderstrebenden Völkerkonglomerates war weder durch das deutsche Interesse, noch durch das sozialistische Programm gefordert. Die weltwirtschaftliche Entwickelung geht offenbar nicht auf die Herausbildung zentralistisch konstruierter Riesenreiche. Die schablonenhafte Uebertragung der Begriffe Großbetrieb und Kleinbetrieb auf die politische Staatenbildung führt in die Irre. Die Linie des Fortschritts weist auf die Bildung nicht übergroßer, dafür aber in sich möglichst homogener Staaten, deren politische und wirtschaftliche Annäherung sich durch überstaatliche Organisation vollzieht.

Was wir an diesem Friedensschluß zu bedauern haben, ist seine Form als einseitiges Diktat des Siegers über den Besiegten. Ein für beide Teile ehrenvoller Verständigungsfriede wäre in jeder Hinsicht besser gewesen. Daß er nicht zustandekam, liegt nicht nur an den Bolschewiki. Auch die Diplomaten der Zentralmächte tragen einen Teil der Schuld daran, daß schließlich die Militärs allein den Frieden gemacht und ihm den Stempel des Gewaltfriedens vor aller Welt aufgedrückt haben.

Ist dadurch das große Ziel guter politischer Verhältnisse zum ganzen Osten unerreicht geblieben und der Entente die Möglichkeit neuer Koalitionsbildung gegen uns geschaffen worden, so ist es jetzt umso notwendiger, daß die Verhältnisse in den von Großrußland abgetrennten fremdstämmigen Gebieten so geordnet werden, daß die dortige Bevölkerungen in Frieden und Freundschaft mit Deutschland zu leben bereit sind. Die Gefahr droht, daß auch hier militärpolitische Einflüsse eine auf gegenseitige Verständigung eingestellte Politik durchkreuzen.

Am einfachsten liegen die Dinge in Litauen. Hier könnte man am raschesten zu einer beiderseits voll befriedigenden Neuordnung kommen. Zweifellos entsprach es hier dem Wunsche der großen Mehrheit des Volkes, aus dem großrussischen Staatenverband herauszukommen. Der Gegensatz der Nationalitäten, der Sprache und der Religion hatte schon seit zwei Jahrzehnten eine starke litauische Nationalbewegung hervorgerufen, die sich den brutalen Maßnahmen der zaristischen Regierung, jene Gebiete durch Besiedlung mit großrussischen Elementen und Ausbreitung der orthodoxen Kirche zu russifizieren, mit Leidenschaft widersetzte. Daher erklärt sich, daß die deutschen Truppen bei der Besetzung des Landes als Befreier begrüßt wurden. Sofort wurde die Parole: los von Rußland, von sämtlichen im Lande verbliebenen Führern der litauischen Parteien aufgenommen. In der Denkschrift, die die litauischen Delegierten der Nationalitätenkonferenz in Lausanne im Herbst 1916 vorlegten, hieß es zum Schluß: „Litauen, das in der Vergangenheit so viele Enttäuschungen erfahren hat, sieht seine Zukunft nur gesichert und seine Freiheit genügend garantiert in **einer völligen und uneingeschränkten Unabhängigkeit.**

Als die Zentralmächte dann im November 1916 durch ihr bekanntes Manifest den Polen die Wiederaufrichtung eines selbständigen Staates in Aussicht stellten, traten auch die politischen Führer der Litauer an die deutschen Verwaltungsbehörden heran, um eine gleiche Anerkennung auf zukünftige Selbständigkeit ihres Landes zu erlangen. Leider kann nicht gesagt werden, daß sie dabei auf großes Entgegenkommen seitens der in Wilna regierenden Militärpolitiker stießen. Auch war die ganze politische und wirtschaftliche Behandlung, die man der Bevölkerung angedeihen ließ, im höchsten Maße geeignet, die vorhandenen Sympathien für Deutschland stark herabzumindern und der Losung: zurück zu Rußland! Vorschub zu leisten. Es zeugt für die Wurzelechtheit der litauischen Unabhängigkeitsbewegung, daß trotzdem die russophile Strömung keinen größeren Anhang gewann, und daß selbst nach dem Sturz des Zarenregiments und der Proklamierung der russischen Republik das Ziel der Litauer auf volle Unabhängigkeit von Groß-Rußland unerschüttert blieb.

Dieses Ziel wurde nicht etwa bloß von den Litauern in dem besetzten Gebiet aufgestellt. Auch die große Mehrheit der in Rußland ansässigen oder dorthin geflüchteten Litauer nahm dieses Ziel, sobald durch die russische Revolution politische Bewegungsfreiheit gegeben war, kräftig auf. Der am 18. Juni 1917 in Petersburg tagende litauische Landtag sprach sich für volle Unabhängigkeit Litauens aus und verlangte, daß eine litauische Konstituante über die Staatsform des Landes und seine Beziehungen zu den benachbarten Völkern zu bestimmen habe.

Zu dem gleichen Beschluß gelangte die Konferenz der Litauer des besetzten Gebietes, die vom 18. bis 22. September 1917 unter völliger Nichtanwesenheit der deutschen Behörden in Wilna tagte. Sie setzte sich aus 222 Delegierten aller litauischen Parteien aus allen Teilen des Landes zusammen. Die Eröffnungssitzung wurde von Stefan Kayris, einem Führer der litauischen Sozialdemokratie, geleitet. Das Ergebnis war der Beschluß auf Bildung eines **unabhängigen, parlamentarisch-demokratisch regierten litauischen Staates,** innerhalb dessen nationalen Minderheiten (Polen, Juden, Weißrussen) weitgehende kulturelle Autonomie gewährt werden solle. Besonders bemerkenswert ist, daß dieser Beschluß einstimmig von den Delegierten aller Parteirichtungen gefaßt wurde.

Die Wilnaer Septemberkonferenz wählte aus ihrer Mitte einen aus 20 Personen bestehenden Landesrat mit dem Auftrage, dem Beschluß der Konferenz den Weg in die Wirklichkeit zu bahnen. Auf Konferenzen in Stockholm und in Bern, wurden dann die Wilnaer Beschlüsse von Vertretern der Litauer in Rußland, Amerika und den neutralen Ländern bestätigt.

In seiner Tagung vom 11. Dezember 1917 beschloß der Landesrat in Wilna dann folgende Erklärung: „Der litauische Landesrat von den Litauern des In- und Auslandes als einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt, proklamiert auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Beschlusses der in Wilna vom 18.—23. September 1917 abgehaltenen litauischen Konferenz die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die mit anderen Völkern bestanden haben." Zugleich mit diesem Beschluß wurde die Absicht bekräftigt, in ein engeres Vertragsverhältnis mit dem Deutschen Reich zu treten, durch Vereinbarungen auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet.

Die Gründe, die die Litauer zu dieser Haltung bestimmten, wurzeln in dem alten nationalen und religiösen Gegensatz zum Großrussentum. Dazu kommt als Hauptgrund aber noch das wirtschaftliche Interesse. Litauen ist ein Bauernland, dem die Grundbedingungen für eine große industrielle Entwicklung, Kohle und Erz, fehlen. Die Entwicklung der Bodenkultur kann allein dem Lande Wohlstand und kulturellen Aufschwung bringen. Das weist auf einen wirtschaftlichen Anschluß an den Westen hin. Groß-Rußland ist der Konkurrent Litauens; Deutschland ist sein Kunde. Im Westen allein öffnet sich den litauischen Bauern, die neue Zehntel der Bevölkerung ausmachen, ein kaufkräftiger Markt. Von dort her können sie auch die nötigen landwirtschaftlichen Maschinen und sonstigen Hilfsmittel zur Entwicklung der Bodenkräfte am billigsten beziehen.

Die in Moskau erscheinende litauische Zeitung „Santara" hob diesen wirtschaftlichen Grund für die litauische Unabhängigkeitspolitik scharf hervor in einem Artikel, der sich gegen den Gedanken eines föderativen Verhältnisses mit dem großrussischen Staat wendete. Es hieß da: „Wenn wir mit Rußland föderativ verbunden sind, verlieren wir das Recht Handelsverträge abzuschließen, und dieses Recht ist uns besonders wichtig angesichts des Umstandes, daß Litauen zwischen zwei Staaten liegt, von denen der eine reich an Rohstoffen ist und der andere eine reich entwickelte Industrie besitzt. Diese Lage unseres Landes bestimmt außerordentlich unsere Schritte."

Soweit also in Litauen die litauische Bevölkerung selbst in Betracht kommt, kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie in ihrer großen Mehrheit das in Brest-Litowsk verfügte Ausscheiden aus dem russischen Staatsverband begrüßt und bereit ist, in ein engeres Vertragsverhältnis mit Deutschland zu treten. Auch die weißrussischen Elemente, die wie die Litauer selber in ihrer großen Masse kleine Bauern sind, sehen in dieser Gestaltung der Dinge am besten ihre wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet.

Daneben weist Litauen einen starken Bestand jüdischer Bevölkerung auf, die sich als nationale Gruppe empfindet und besondere politische Organisationen hat. Sie ist gespalten. Während die proletarische in dem sozialdemokratischen „Bund" organisierte Gruppe noch immer an der großrussischen Einheitsidee festzuhalten scheint, hat sich die andere mehr auf bürgerliche Elemente gestützte Gruppe für das Ziel eines unabhängigen litauischen Staates erklärt.

Was die Polen anlangt, die als Großgrundbesitzer auf dem Lande und als höhere Geistliche und Vertreter der Intelligenz in den Städten einen beträchtlichen Einfluß haben, so erstreben sie zwar ebenfalls die Loslösung von Rußland, des weiteren aber wünschen sie die Wiederherstellung der früheren Union zwischen Litauen und Polen. Da dieses Ziel von den Litauern selbst leidenschaftlich bekämpft wird und auch sonst Schwierigkeiten bietet, so dürfte es für die praktische Gestaltung ausscheiden.

Was hat nun zu geschehen? Nachdem die litauische Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit ihren Willen auf Unabhängigkeit und Bildung eines demokratisch-parlamentarischen Staatswesens bekundet hat, sollten die Zentralstaaten keinen Tag zögern, diese Wünsche zu verwirklichen. Dem deutschen Interesse kann nur dadurch gedient werden, daß den Litauern das Haus so eingerichtet wird, wie sie es selber wünschen. Nur dann ist die Gewähr gegeben, daß etwa von Rußland kommende deutschfeindliche Bestrebungen keinen Boden finden, und daß das Land zu ruhiger gesunder Entwicklung gelangt.

Leider aber macht sich eine Tendenz auf Verschleppung geltend, die ihren Ursprung in den Kreisen deutscher Militärpolitiker und Annexionisten haben dürfte. Noch immer ist das Verlangen der Litauer auf Anerkennung ihrer Unabhängigkeit nicht erfüllt. Und ebenso wenig ist dem weiteren Verlangen, dem litauischen Landesrat endlich die erstrebten Verwaltungskompetenzen zu übertragen, bis jetzt entgegengekommen worden. Durch dieses Hinziehen ist die Lage des Landesrates selber eine immer schwierigere geworden. Verstimmung und Mißtrauen nehmen in der Bevölkerung zu. Man befürchtet, daß von deutscher Seite gewisse annexionistische Absichten, die auf nichts anderes als auf eine Teilung Litauens hinauslaufen, betrieben werden. Der Gedanke, auf Kosten der Litauer eine „breite Brücke" zwischen Ostpreußen und Kurland zu bilden, scheint in der Tat in sehr einflußreichen Kreisen noch nicht aufgegeben zu sein. Er bildet einen Teil des **konservativ-alldeutschen Annexionsprogramms,** bei dem außer den Litauern noch Polen die Leidtragenden sein sollen.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat in letzter Zeit wiederholt Artikel gebracht, die für diese Politik Stimmung machen. So schrieb sie in einem Artikel vom 27. Februar, der die schöne Ueberschrift trägt: „Die reifen Früchte des Litauenrummels", und der die verlogene Behauptung verficht, daß die Idee der litauischen Unabhängigkeit „von Berliner Drahtziehern" ausgegangen sei, folgende Sätze: „Ein unabhängiges Litauen ist also in jedem Sinne keine Lösung, sondern eine Verwicklung und bedeutet die Schaffung und Vergrößerung östlicher Gefahren und Schwierigkeiten für das Deutsche Reich. Bei weitem vorzuziehen wäre ein geteiltes Litauen, dessen eine Hälfte an Deutschland fiele, die andere mit Wilna an Rußland; denn Wilna auf der deutschen Seite kann nur schädlich sein."

Diesen Plan einer Teilung Litauens verfolgen, heißt Schindluder spielen mit dem Selbstbestimmungsrecht der Litauer. Man treibt damit die Litauer in hellen Haufen in das großrussische Lager und schafft in diesem wichtigen Zwischengebiet Zustände, die für Deutschland die schlimmsten Gefahren in sich bergen. Demgegenüber muß ohne weitere Verzögerung das vom Grafen Hertling am 29. November gegebene Wort, das den Bevölkerungen der Ostgebiete **das Recht der Selbstbestimmung** zusicherte, eingelöst werden. Der Reichstag wird seinen ganzen Einfluß dafür einzusetzen haben, daß die Dinge dort endlich so geordnet werden, wie es dem Willen des litauischen und dem Interesse des deutschen Volkes zugleich entspricht. **Gelingt es einer kurzsichtigen Gewaltpolitik, auch hier das Ziel der politischen Pazifizierung zu durchkreuzen, dann verwandelt sich der ganze Osten in ein gärendes Chaos.**

Trotzki zurückgetreten.

Nach einer Reutermeldung aus Petersburg ist Trotzki von seinem Posten als Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten zurückgetreten.

Was schließlich kommen mußte, ist eingetreten. Trotzki, den die revolutionäre Welle am 7. November 1917 mit an die Spitze des russischen Riesenreiches emporgehoben hatte, dessen Name in aller Munde war, ist in der Versenkung verschwunden. Nachdem der Exekutivausschuß des Petersburger Sowjets mit großer Mehrheit den von Trotzki mißbilligten deutsch-russischen Friedensvertrag genehmigt und sich so auf den Boden der Tatsachen gestellt hatte, war Trotzkis Abschiedsstunde gekommen. Mit ihm ist der Oberkommandierende des russischen Heeres, Krylenko, gegangen. Es ist schade, daß ein Mann, wie Trotzki, seine zweifellos überragenden Fähigkeiten, statt Illusionen nachzujagen, nicht in den Dienst seines Vaterlandes gestellt hat. Hätte er das getan wäre er, um es noch einmal zu sagen, mit beiden Beinen auf der Erde geblieben, dann wäre auch der Friedensvertrag mit den Mittelmächten anders ausgefallen. Gegenüber den bereits hier und dort einsetzenden Beschimpfungen Trotzkis wollen wir nur darauf hinweisen, wie das „Berl. Tagebl." den Mann einschätzt. Das Blatt schreibt:

„Immerhin steht, gleich manchen Zeitgenossen, Trotzki nicht ganz so aus, wie man ihn in Schimpfliedern, Karikaturen und grob polemischen Artikeln dargestellt hat, und **weder seine starke Begabung, noch seine Ehrlichkeit sollten geleugnet werden.** Obgleich er sich in Brest-Litowsk im Verkehr mit den Delegierten der Verbündeten geflissentlich zurückhaltend zeigte, hat er auf diejenigen, die dort außerhalb der Sitzungen mit ihm zusammen waren, durch sein persönliches Benehmen einen keineswegs ungünstigen Eindruck gemacht und die **Vielseitigkeit seines Wissens** und seine leider in den Dienst eines fanatischen Doktrinarismus gestellten **geistigen Fähigkeiten** werden von allen anerkannt. **Ein Mann mit solchen Kenntnissen und Gaben, und mit**

solcher Ueberzeugungsstärke, hätte seinem Lande, wenn er nur das Lebensfähige erstrebt und sich nicht eine unmögliche Welt nach überrevolutionären Dogmen erbaut hätte, sicherlich ein äußerst nützlicher Berater werden können. Daß er schon ganz ausgespielt haben, in den Parteikämpfen nicht mehr hervortreten sollte, ist kaum anzunehmen, aber die Möglichkeit, vom Platz der Regierung im Namen Rußlands zu sprechen, wird ihm schwerlich wiederkehren, denn die Entwicklung wird voraussichtlich zu anderen Zielen gehen."

Man kann, wie auch wir, Trotzkis Ideen bekämpfen, die Person aber lasse man aus dem Spiel.

Der Fall Trotzki zeigt, daß jeder Politiker mit den nackten, harten Tatsachen rechnen, daß nicht das Gefühl, sondern der Verstand bei ihm entscheidend sein muß. Diese Lehre sollten wir alle aus ihm ziehen.

Zum Nachfolger Trotzkis ist nach Petersburger Blättern Tschitscherin bestimmt worden. Er ist einer der hauptsächlichsten Führer des zentralen Tätigkeitsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates und wurde s. Zt. in England nach Ausbruch der Revolution festgehalten, bis die englische Regierung ihn schließlich unter dem Drucke Petersburgs doch freiließ.

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

An der lothringischen Front unternahm der Gegner am Sonnabend mehrere heftige Vorstöße, die jedoch scheiterten.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 10. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die englischen Erkundungsvorstöße dauerten an; stärkere Abteilungen brachen südlich von Monchy vor, bei ihrer Abwehr wurden Gefangene gemacht. Am Abend vielfach auflebender Feuerkampf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Reims drangen Sturmabteilungen in die feindlichen Gräben und brachten Gefangene zurück. Erhöhte Gefechtstätigkeit beiderseits von Ornes.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nordwestlich und westlich von Blamont am Abend rege Feuertätigkeit der Franzosen. Nach mehrstündiger Artillerievorbereitung griffen starke feindliche Abteilungen am Nachmittage zwischen Ancerville und Badonviller an und drangen teilweise in unsere vorderen Gräben ein. Vor unseren Gegenstößen zog sich der Feind in seine Ausgangsstellung zurück. Württembergische Sturmtrupps, nassauische Landwehr und Flammenwerfer nahmen bei einem Vorstoß in die französischen Stellungen südwestlich von Markirch einen Offizier und 36 Mann gefangen.

In den beiden letzten Tagen wurden 28 feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen. Jagdstaffel Boelcke brachte ihren 40. Gegner zum Absturz.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Berlin, 10. März, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 9. März. (Amtlich.)

Bei Balta in der Ukraine wurde durch die zur Deckung der Bahn Kowel—Odessa vorgehenden Truppen stärkere Banden zerstreut. — An der italienischen Front stellenweise lebhafterer Artilleriekampf.

*

Wien, 10. März. (Amtlich.)

Keine besonderen Ereignisse.

Schweres steht noch bevor.

In einem Antworttelegramm des Kaisers an den Provinziallandtag in Hannover heißt es:

„Warmen Dank für den treuen Gruß. Wir dürfen große Tage erleben, in denen sich die Schicksale der Völker entscheiden, und die uns Deutschen den sicheren Ausblick auf eine reiche, starke Zukunft eröffnen. Schweres steht noch bevor. Möchten die geistigen und sittlichen Kräfte, die im Osten die überlegene Masse besiegt haben, sich in allen Kreisen der Heimat immer tiefer bewähren. Dazu erbitte ich auch die Hilfe des Provinziallandtages."

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

WTB. Bukarest, 9. März. Gestern fand im Schlosse Cotroceni eine Vollsitzung der Friedenskonferenz statt unter dem Vorsitz des bulgarischen ersten Delegierten, Herrn Tonischeff. Herr Tonischeff gab dem Wunsche Ausdruck, die Verhandlungen nach Möglichkeit zu beschleunigen. Der rumänische erste Delegierte schloß sich diesem Wunsche an. Um diesem allseitigen Begehren Rechnung tragen zu können, schlug Herr Angelescu vor, es möge ihm möglichst sofort eine zusammenfassende Aufstellung sämtlicher einzelner Forderungen der verbündeten Mächte schriftlich mitgeteilt werden, damit er dieselben persönlich seiner Regierung vortragen könne. Entsprechende Mitteilungen sind Herrn Argetoianu gestern gemacht worden. Er wird heute nach Jassy abreisen. Seine Rückkehr wird für nächsten Donnerstag erwartet. Inzwischen sollen unverbindliche Besprechungen auf technischem Gebiete mit den übrigen, vollzählig hier zurückgebliebenen Mitgliedern der rumänischen Delegation fortgesetzt werden.

Zum Frieden mit Rumänien.

Kopenhagener „Sozialdemokraten" erhebt gegen den Vorfriedensvertrag mit Rumänien das Bedenken, daß Rumäniens Einbuße seiner wichtigsten Hafenstadt Constanza und damit seines besten Ausganges zum Meere zu allerlei Konflikten und Reibungen zwischen Rumänien und Bulgarien in näherer oder fernerer Zukunft Veranlassung geben könne. Die Grenzregulierung gegen Ungarn werde dazu führen, daß künftig Ungarn durch Befestigungen die niedriger gelegenen rumänischen Grenzgebiete beherrsche, während bisher die Lage umgekehrt war. Zu der Vertragsklausel, daß Rumänien die Truppen der Mittelmächte nach Odessa befördern helfen solle, wirft „Sozialdemokraten" die Frage auf, ob mit diesem Vorgehen nur die Bekämpfung der Bolschewiki beabsichtigt sei, oder ob Deutschland weitergehende Pläne verfolge, etwa gegen die russischen Ausfuhrhäfen am Schwarzen Meer. Gegen die Einverleibung Bessarabiens in Rumänien sei, da die Bevölkerung überwiegend rumänisch sei, vom völkerrechtlichen Gesichtspunkte aus nichts einzuwenden.

Im großen und ganzen findet „Sozialdemokraten", daß Rumänien von seinem Kriegsabenteuer noch sehr billig weggekommen sei; für die Sicherheit des künftigen Weltfriedens biete dieser Vorvertrag aber doch keine Gewähr, weil er die Dobrudscha-Frage ganz außerordentlich verschärfe.

Zur Einstellung der Feindseligkeiten an der Ostfront.

Am 5. März richtete Oberbefehlshaber Krylenkow einen Funkspruch an den Oberbefehlshaber Ost, in dem er auf die Bedingung des Friedensvertrages hinwies, nach der die Feindseligkeiten an der Front einzustellen waren, und in dem er ferner anfragt, ob alle Anordnungen getroffen seien, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden.

Darauf erfolgte am 6. März vom Oberbefehlshaber Ost nachstehende Drahtantwort an die russische Oberste Heeresleitung:

„Die Einstellung der Feindseligkeiten wurde deutscherseits für den 3. März, 1 Uhr nachmittags, befohlen. Wenn es trotzdem am 4. März zu vereinzelten Kämpfen kam, so wird dies von deutscher Seite bedauert. Nach hier vorliegenden Meldungen war die Ursache einerseits der Widerstand, der in Estland und der Ukraine dem rechtmäßigen Vormarsch der deutschen Truppen durch russische Truppen an einigen Stellen noch entgegengesetzt wurde; andererseits haben leider auf großrussischem Gebiet einige Kämpfe mit wenigen unorganisierten Banden stattfinden müssen, die sich feindlich gegen deutsche Truppen benahmen. Es ist der lebhafte Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß auch diese Kämpfe bald aufhören, und andererseits sind die dazu erforderlichen Anordnungen getroffen worden."

Damit erledigen sich tendenziöse, in der ausländischen Presse verbreitete Nachrichten.

Der deutsch-russische Zusatzvertrag.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht den Wortlaut des deutsch-russischen Zusatzvertrages. Dieser behandelt in zehn Kapiteln folgende Fragen: 1. Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, 2. Wiederherstellung der Staatsverträge, 3. Wiederherstellung der Privatrechte, 4. Ersatz für Zivilschäden, 5. Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, 6. Fürsorge für Rückwanderer, 7. Amnestie, 8. Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrteischiffe und Schiffsladungen, 9. Organisation des Spitzbergen-Archipels und setzt 10. in den Schlußbestimmungen fest, daß der Zusatzvertrag, soweit darin nicht ein anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft tritt.

Wilson zum Ostfrieden.

Bern, 8. März. (Eig. Bericht.) Der amerikanische Korrespondent des „Daily Telegraph" drahtet: Die maßgebende Stelle in Washington erklärt, Hertlings letzte Rede sei ohne Bedeutung, wenn Deutschland die Rußland aufgezwungenen Bedingungen wirklich durchführe. In Washington beabsichtige man nicht, Deutschland zu gestatten, das Eine zu sagen und das Entgegengesetzte zu tun. Deutschlands Vorgehen Rußland gegenüber stehe im Widerspruch zu den von Wilson proklamierten und von Deutschland angenommenen Prinzipien. Wilsons Haltung gegenüber Hertling sei am besten folgendermaßen zusammenzufassen: Wenn Deutschland beabsichtige, Rußland von der Anwendung der Wilsonschen Grundsätze auszuschließen, so seien Hertlings Worte nur hohle Phrasen. Wäre hingegen Deutschland bereit, Rußland und die übrige Kriegstarte der Anwendung dieser Prinzipien zu unterstellen, so wird dies als Beweis dafür zu betrachten sein, daß die Zentralmächte zur Schaffung einer Basis für einen allgemeinen Dauerfrieden bereit seien.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Friedensschluß im Osten auf der erfolgten Grundlage sehr leicht eine kriegsverlängernde Wirkung haben könnte. Gegen einen Verständigungsfrieden mit dem Osten konnte sich natürlich kein vernünftiger Mensch wenden, selbst auf die Gefahr hin, daß es Wilson oder anderen westlichen Entente-Staatsmännern nicht paßt. Vielmehr hätten wir uns durch ihn — wie wir gegenüber bewußt falschen Auslegungen der „Lüb. Anz." nochmals hervorheben wollen — eine außerordentlich günstige Einwirkung auf die Friedensströmung in den Ententeländern versprochen.

Die innere Lage Rußlands.

Die Verlegung aller Staatseinrichtungen nach Moskau wird von Lenin bekannt gegeben.

Nach einem Beschluß des Rates des Petersburger Volkskommissariates tritt das Dekret über die Annullierung der russischen Staatsschuld sofort in Kraft. Zündhölzer, Kerzen, Reis, Kaffee und andere nach Rußland eingeführte Kolonialwaren werden in Staatsmonopol übernommen.

Reuter berichtet aus Petersburg: Die Sozialisten aus Moskau teilten den ausländischen Konsuln mit, daß sie gegen den Frieden energisch protestieren. Sie fügen hinzu, daß die Mehrzahl der russischen politischen Parteien in Brest-Litowsk nicht vertreten war. Viel nützen wird dieser Protest nicht!

Eine Proklamation der finnischen Regierung.

Wie „Dagens Nyheter" aus Wasa erfährt, erließ die dortige finnische Regierung anläßlich der deutschen Aalands-Expedition folgende Proklamation:

„Die Landung der Deutschen auf Aaland geschieht ebenso wie deren Operationen auf dem Festlande im Einverständnis mit der finnischen Regierung. Der Oberbefehlshaber der Truppen der finnischen Republik teilte der Regierung mit, daß wir, sobald wir Waffen erhielten, mit eigener Kraft den Kampf gegen die Roten Gardisten hätten durchführen können, aber die zahlreichen, in Südfinnland verübten Gewalttaten und die Lebensmittelnot der Bevölkerung, sowie die täglich aus Rußland eintreffenden Bolschewikihaufen veranlaßten die Regierung, sich zum Wohle des Landes eines handkräftigen Freundes zu bedienen. In Deutschlands Friedensbedingungen für Rußland befindet sich auch eine Bestimmung daß die russischen Truppen und die Bolschewiki aus Finnland entfernt werden müssen. Diese Räumung will Deutschland, gestützt auf seine nach Finnland entsandten Truppen, überwachen. Deutschland gestattet nicht, daß russische Soldaten, als Zivilpersonen verkleidet, in Finnland kämpfen und durch Unterstützung der Roten Banditenhorden den deutsch-russischen Friedensvertrag betrügerisch umgehen."

Der Standpunkt der finnischen Sozialdemokratie.

Am Montag fand im Senatsgebäude in Helsingfors eine Besprechung zwischen den finnischen Volkskommissaren Manner, Sirola, Haapalainen und Turkia einerseits und schwedisch-dänischen Sozialisten andererseits statt. Die soeben eingetroffene Nachricht der deutschen Landung auf Aaland rief große Bewegung hervor, und Manner erklärte, daß die ganze finnische Bevölkerung bis aufs äußerste gegen den frechen Eingriff kämpfen werde. Auf den Einwand der Dänen, daß Deutschlands Hilfe den Sieg der Weißen sichere, erwiderte Haapalainen, der Kriegskommissar und Chef der Roten Garden, daß die finnischen Terrainverhältnisse dem Vormarsch ausländischer Truppen große Schwierigkeiten in den Weg legten. Dabei gab Manner allerdings zu, daß wenn Deutschland erzwingen wolle, es den Sieg der Weißen herbeiführen könne; aber er bezweifelte, daß Deutschland eine direkte Einmischung in die inneren Verhältnisse Finnlands anstrebe. Eine Vermittlung zur Vermeidung des Blutvergießens zwischen Roten und Weißen lehnte Haapalainen unbedingt ab. Manner setzte hinzu, es sei der feste Entschluß der finnischen Arbeiter, bis auf den letzten Mann zu kämpfen.

Die Mitteilung über Greueltaten der Roten Garden nahmen Manner und Haapalainen als zutreffend anerkennen, doch erklärten sie, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen würden. Die Ausschreitungen der bürgerlichen Zeitungen suchten sie als im Interesse der Revolution notwendig zu verteidigen. Die russischen Soldaten, denen die Hauptschuld am Terrorismus zufiele, würden entwaffnet und zurückgebracht werden.

Im Interesse der finnischen Sozialisten bedauern wir ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Vermittelung außerordentlich, umsomehr, als in dem Bestreben, die russischen Soldaten fortzuschicken, doch Einmütigkeit bei den Roten und Weißen bestehen dürfte. Konnte denn nicht mindestens der Versuch einer Verständigung gemacht werden, um dem Blutvergießen ein Ende zu bereiten?

Nach mehreren Meldungen sollen sich übrigens die Roten Garden in Finnland infolge des deutschen Eingreifens in der Auflösung befinden.

Ueber das japanische Abenteuer

in Sibirien herrscht noch völliges Dunkel. Nach der „Nieuwe Rotterdamschen Courant" wird der Exchange Telegr.-Company gemeldet, daß die japanische Botschaft erklärte, die Pläne für die Intervention Japans in Sibirien seien vorläufig aufgeschoben. Es hänge jetzt von England ab, was Japan tun werde. Die chinesische Botschaft teilte mit, daß China die Politik der Vereinigten Staaten unterstützt und daß es sich vermutlich auf den Schutz der mandschurischen Grenzen beschränken wird.

Trifft diese Meldung zu, dann wird ja vorläufig aus dem japanischen Abenteuer noch nichts. Es ist aber auch möglich, daß es sich hier nur um eine beabsichtigte Verschleppung handelt.

Im englischen Unterhaus begründete Cecil ein eventuelles Eingreifen Japans mit der drohenden Germanisierung Sibiriens. Deutschlands Politik sei nichts anderes als der riesenhafte Plan einer Welteroberung. Weiter faselte Cecil von einer Meldung, nach welcher die deutschen Gefangenen in Sibirien organisiert werden und ein preußischer General dorthin abgeschickt wurde, um diese Arbeit auszuführen. Selbst wenn, so sagt er, diese Nachricht unrichtig ist, ist sie doch nur eine verständige Vorwegnahme der Ereignisse. Wir würden im höchsten Grade töricht und verbrecherisch handeln, wenn wir nicht jeden möglichen Schritt versuchten, um diesen deutschen Plan zu vereiteln.

Man sieht, von welchen Hirngespinsten englische Staatsmänner befallen sind.

Zur Verstärkung des englischen Heeres

sollen 50 000 Grubenarbeiter, die unverheiratet und unter 25 Jahre alt sind, eingezogen werden. Die Arbeiterführer haben sich angeblich hiermit einverstanden erklärt. Ob wohl auch die davon betroffenen Arbeiter?

Der Krieg auf den Meeren.

WTB. Berlin, 9. März. (Amtlich.)

Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Spieß fügte unseren Gegnern durch Vernichtung von 35 000 Brutto-Register-Tonnen Schiffsraum schweren Schaden zu.

In glänzend durchgeführten Angriffen wurden in der Einfahrt zur Irischen See unter erheblicher Gegenwirkung ein schwerbeladener amerikanischer Frachtdampfer von etwa 10 000 Brutto-Register-Tonnen, ein Tankdampfer von etwa 5000 Brutto-Register-Tonnen und aus einem stark gesicherten Geleitzug das Schlußschiff von etwa 3000 Brutto-Register-Tonnen abgeschossen. Am Abend des 1. März torpedierte das Boot den von mehreren Zerstörern begleiteten englischen Hilfskreuzer „Calgarian" von 17 515 Br.-Reg.To. Da der Hilfskreuzer nicht sofort sank und von den Bewachungsfahrzeugen in Schlepp genommen wurde, griff es ihn, ungeachtet der von allen Seiten zur Bergung des wertvollen Schiffes herbeieilenden Zerstörer und Bewachungsfahrzeuge, erneut an und versenkte ihn durch einen zweiten Torpedo.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein Skandal.

Der Prozeß gegen den Mörder Jaures ist abermals vertagt worden. Der Anwalt der Familie Jaures protestiert dagegen mit der Erklärung, man habe den Mörder Villain veranlaßt, wahnsinnige Briefe zu schreiben, um eine Geistesverwirrung des Mörders vorzutäuschen. In der berechtigten Hoffnung, dadurch die Vertagung zu erreichen.

Villain hat ja auch nur einen Friedensfreund ermordet. Wäre er ein „Landesverräter" in französischem landläufigen Sinne, dann wäre er jetzt schon längst vermodert.

Ein Vertrauensvotum

hat Clemenceau abermals erzielt. Reuter berichtet aus Paris: Die französische Kammer hat in der Debatte über eine Interpellation von Constant betr. die Verantwortlichkeit der Regierung und die Abweichung von ihren Grundsätzen, die bei den Debatten während des Bolo-Prozesses zutage getreten sei, mit 400 gegen 75 Stimmen eine Resolution angenommen, worin das Vertrauen in die Regierung ausgesprochen wird.

In einer Rede erklärte Clemenceau: „Ich wünsche den Frieden und ich würde ein Verbrecher sein, wenn ich anders dächte, aber durch das Blöken nach dem Frieden bringt man den preußischen Militarismus nicht zum Schweigen. . . . Ich fahre fort, den Krieg zu führen und werde fortfahren bis zur letzten Viertelstunde, denn die letzte Viertelstunde wird uns gehören. Alle Welt denkt es und alle Welt wünscht es."

Also Krieg bis zum Verbluten. Das ist die Parole Clemenceaus!

In der nächsten Sitzung wünscht man Aufklärungen über einen kürzlich veröffentlichten Brief des Zaren in Poincare. Pichon beschränkte sich auf die Erklärung, daß die kaiserlich-russische Regierung bis zum letzten Augenblick ihre Treue für das Bündnis versichert habe. Auf eine Frage Renaudels, warum die Regierung nicht den Bündnisvertrag mit Rußland veröffentliche, erklärte Pichon, er wünsche Zeit zur Prüfung der Frage. Er habe keine grundsätzliche Bedenken gegen die Veröffentlichung, aus der man ersehen könne, daß Frankreich stets sein Möglichstes getan habe, um den Frieden zu erhalten.

Kleine Nachrichten.

Deutschland hat gegen die Verschleppung von 450 Bewohnern Livlands und Estlands, weil gegen den Friedensvertrag verstoßend, Protest erhoben.

Die Bukowina ist durch die Rumänen geräumt worden.

Das englische Unterhaus bewilligte einstimmig die Kriegskredite von 600 Millionen Pfund.

Das neue portugiesische Kabinett wurde ohne die Unionisten neu gebildet. Der bisherige Ministerpräsident bleibt.

Ernährungsfragen.

Märchen von Lebensmittelschätzen.

Die „B. Z. am Mittag“ vom 8. März bringt unter der Ueberschrift „Auffindung gewaltiger Lebensmittelvorräte in dem besetzten Rußland“ eine Nachricht, die geeignet ist, im Publikum die Hoffnung auf eine schnelle und erhebliche Besserung unserer Ernährungslage zu erwecken. Das ist ein gefährliches Spiel, denn infolge der bekannten großen Transportschwierigkeiten, darf eine **wesentliche Hilfe** für die deutsche Ernährungswirtschaft erst gegen **Ende des laufenden Wirtschaftsjahres erwartet** werden, und wir sind bis dahin fast ausschließlich auf die heimische Landwirtschaft angewiesen. Bedauerlich ist, daß auch das W. T. B. ähnliche Meldungen bringt. Es berichtet nämlich über den letzten deutschen Vormarsch noch folgendes: Je weiter die deutschen Truppen vordringen, **desto reicher erschließen sich ihnen gewaltige Getreide- und Lebensmittelschätze.** Die Ernährungsverhältnisse unmittelbar hinter der russischen Front, wo die Massen der demobilisierten Armeen bei ungenügender Zufuhr eine gewisse Knappheit bewirkten, geben keine richtige Vorstellung von den Landesvorräten an Lebensmitteln. Schon in Luck und Rowno ist zu allerdings sehr hohen Preisen **alles zu haben.** Je weiter man jedoch nach Osten kommt, desto **günstiger wird die Ernährungsfrage.** So werden in Nowgorod-Wolynsk auf dem Markte — das Pfund zu 3 Mk. — Fleisch und Speck in großen Mengen angeboten. Eier gab es zu 15 Pfg. das Stück. In den großen Hotels in Schitomir ist man **glänzend verpflegt. Es mangelt an nichts,** auch Kaffee, Tee, Zucker usw. gibt es. Dabei leiden die Städte heute unter ungenügender Zufuhr. Bei der bisherigen Unsicherheit halten die Bauern ihre Vorräte zurück. Ein weiterer Grund für das geringe Angebot liegt darin, daß heute jeder Bauer seinen eigenen Kornschnaps brennt. Sind hier erst einmal geordnete Verhältnisse geschaffen, so werden allein aus den Dörfern des bisher besetzten Gebietes **große Mengen Körnerfrüchte für die Ausfuhr verfügbar.**“

Die Bevölkerung ist durch ähnliche Meldungen, wir erinnern nur an Rumänien, schon zu oft in frohe Hoffnungen versetzt und später bitter enttäuscht worden, daß man jetzt hätte mehr Vorsicht üben müssen. Schließlich hat die Allgemeinheit doch wieder das Nachsehen, und der Schleichhandel leitet, wie immer, den Segen aus dem Osten in seine Kanäle.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 11. März.

Eine Mahnung an unsere Parteimitglieder.

Es ist wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß aus dem Felde zurückkehrende oder vom Militär entlassene Parteigenossen es versäumen, ihre **Wiederanmeldung in der Partei** zu bewirken. Desgleichen wird von den Mitgliedern bei **Wohnungsveränderung** oft vergessen, dies den Hauskassierern mitzuteilen und kann dadurch die Ueberweisung an den zuständigen neuen Boten der Partei nicht vorgenommen werden. Die Folge dieser Unterlassung ist dann, daß die säumigen Genossinnen und Genossen nicht kassiert werden und mit der Beitragszahlung in Rückstand geraten. Es muß als eine der ersten Pflichten betrachtet werden, das Versäumte umgehend nachzuholen. Alle diejenigen Genossen und Genossinnen, bei welchen in der letzten Zeit die Abholung des Beitrages versäumt wurde und alle vom Militär entlassenen noch nicht wieder angemeldeten Genossen wollen dies beim Genossen W. Bromme im Sekretariat des Sozialdemokratischen Vereins, Johannisstr. 50, melden. Am besten zwischen 12 und 1 Uhr mittags und 6 und 7 Uhr abends. Versäume niemand diese Parteipflicht, manche Klage wird dann gegenstandslos.

Die Willenlosen.

Wer lange Jahre das schwierige Feld der Organisation beackert, Kleinarbeit in den verschiedensten Arten geleistet hat, kennt nur zu gut jene Mitmenschen, denen es immer an festem Entschluß mangelt. Es sind die Wankelmütigen, die Unzuverlässigen, die sich nie zu einer entscheidenden Tat bekennen. Fragt man sie, ob sie ihren Beitritt zur Organisation vollziehen wollen, so antworten sie in der Regel, sie wollen es sich noch einmal überlegen! Der Organisator und Agitator in der Arbeiterbewegung erlebt in seiner Mission nur zu oft die größten Enttäuschungen. So manche öffentliche Versammlung, in der er zu seinen unorganisierten Klassengenossen gesprochen, hat seine das vitalste Interesse der Versammelten berührenden Ausführungen mit Beifall quittiert, der agitatorische Erfolg seiner Rede aber stand in keinem Vergleich mit dieser Zustimmungskundgebung. Die Momente, in denen der Redner ihre Leiden und Kümmernisse beleuchtete und ihnen den Weg zeigte, wie sie sich durch den Beitritt zu ihrer Klassenorganisation den Weg bahnen könnten, mit dem eignen Schicksal zu ringen, entflammte zwar die Herzen der Versammelten, damit hatte es bei den meisten unter ihnen aber auch sein Bewenden. Den nächsten Schritt zur Tat, zum Anschluß an die Organisation, fanden sie nicht.

Leider besteht die übergroße Zahl der heute der Organisation noch Fernstehenden aus solchen energie- und tatenlosen Mitmenschen, die nie auf sich selbst, sondern meist auf die übrigen hoffen. Sie scheinen der Wurzel, aus der ein ihr eigenes Leben bestimmender Entschluß hervorwachsen kann, zu ermangeln. Ihr Wesen ist ohne Saft und eigne Bewegkraft.

Jenen, die den Ernst der Zeiten nie erkennen, sich nie berufen fühlen, das Schicksal der Menschen durch ihre eigne Tat mit zu bestimmen, hat Johann Gottlieb Fichte vor über hundert Jahren in seiner vierzehnten Rede an die deutsche Nation mit herzerfrischender Deutlichkeit den Spiegel ihres falschen Tuns vor Augen gehalten. Worte, wie die damals aus so berufenem Munde gesprochenen, haben sich lebendig erhalten, auch für unsere Zeit. Jenen, die den Weg zur Organisation nicht finden, oder vorgeben, noch ein bißchen zu warten, ehe sie beitreten wollen, würde Fichte sagen:

„Fasset ihn auf der Stelle) diesen Entschluß. Saget nicht, laß uns ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis etwa die Besserung von selber komme. Sie wird niemals von selbst kommen. Wer, nachdem er einmal das Gestern versäumt hat, das noch bequemer gewesen wäre zur Besinnung, selbst heute noch nicht wollen kann, der wird es morgen noch weniger können. Jeder Verzug macht uns nur noch träger und wiegt uns nur noch tiefer ein in die freundliche Gewöhnung an unsern elenden Zustand . . .“

Die Zukunft verlangt unerbittlich, daß jeder feste Entschlüsse fasse. Als ein Glied im großen Ganzen muß jeder doch mit solchem Pflichtbewußtsein erfüllt sein, als ob es auf ihn allein ankäme. Nur so entsteht jene unbezwingliche Kraft, die es der Arbeiterklasse erlaubt, gutes Mutes in die Zukunft zu schauen!

Wer betreibt Aufreizung zum Streik?

Wie aus einer Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos in Altona hervorgeht, haben Geldleute zu den 3000 Mark, die schon neulich ausgelobt wurden, weitere 3000 Mark und dann noch 27 000 Mark zur Verfügung gestellt, so daß jetzt insgesamt 33 000 Mark ausgelobt sind für den Zweck, „Leute namhaft zu machen, die zu Streiks und zur Revolution aufreizen“.

Wir halten es für vollkommen überflüssig, die Arbeiterschaft nochmals gegen den Verdacht in Schutz zu nehmen, daß sie sich durch bezahlte Objekte zur Niederlage der Arbeit verleiten läßt. Aber mit Spannung warten wir darauf, daß nun auch bald Summen ausgelobt werden für die Namhaftmachung von Personen, die Kapitalisten aufreizen, das Vaterland um Riesensummen zu betrügen und mit Produktionseinschränkung zu drohen, wenn ihnen die Wuchergewinne bei Heereslieferungen gekürzt werden

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 11. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Minenwerfertätigkeit lebte am Abend vielfach auf. Rege Erkundungstätigkeit hielt an. Eigene Abteilungen drangen an mehreren Stellen der französischen Front in der Gegend von Armentieres und auf dem westlichen Maasufer in die feindlichen Gräben ein und brachten Gefangene und Gewehre zurück. Bei einer deutschen Unternehmung nordöstlich von Reims trat wiederum eine, in letzter Zeit mehrfach beobachtete, auf der Kathedrale von Reims eingerichtete Blinkstelle der Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter von Tutschek und Leutnant Wüsthoff errangen ihren 27., Oberleutnant Bethge seinen 20. Luftsieg.

Osten.

Feindliche Banden wurden bei Bachmatsch (nordöstlich von Kiew) und bei Rasdjalnaja (an der Bahn Schmerinka—Odessa) zerstreut.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Eine nachahmenswerte Einrichtung

hat die auch in der Lebensmittelversorgung vorbildlich wirkende Stadt Güstrow zur teilweisen Vorbeugung einer Hausbrandnot für den Winter 1918/19 getroffen, indem sie schon jetzt der Einwohnerschaft Brennholz zur Abfuhr bis zum 1. April d. J. aus der Glasewitzer Forst zur Verfügung stellt. Auf jeden Haushalt entfallen zwei Raummeter — bis zum Gebrauch trockenes — Holz verschiedener Art, wie Buchen, Eichen, Tannen, Birken, Erlen. Die Preise bewegen sich je Raummeter zwischen 8 und 18 Mark; es kommt Kluft-, Ausschuß- und Knüppelholz in Frage. Diese Einrichtung, die an Stelle von Holzversteigerungen überall dort eingeführt werden sollte, wo genügender Waldbestand vorhanden, nimmt jedenfalls den Einwohnern einen Teil der Sorge für die Hausbrandbeschaffung des nächsten Winters.

Wie wäre es, wenn man in Lübeck mit seiner holzreichen Umgebung diesem Beispiel nachahmen würde?

Eine Bürgerschaftssitzung findet am Montag, 18. März, abends 6 Uhr, statt.

Achtung Binnenschiffer! Die Ausgabe der Ausweiskarten für Binnenschiffer und der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer erfolgt vom 12. März 1918 ab in der Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen, Königstraße 69.

Die Verordnung gegen den Schleichhandel. Der Bundesrat hat nunmehr die seit längerer Zeit angekündigte Verordnung gegen den Schleichhandel erlassen, die am 15. März 1918 in Kraft tritt. Sie richtet sich gegen den Schleichhandel in der Form des gewerbsmäßigen zur Weiterveräußerung erfolgenden Aufkaufes öffentlich bewirtschafteter Lebens- oder Futtermittel, der die Erzeuger zu verbotswidriger Abgabe von Waren in größtem Umfange verleitet oder ihre Bereitwilligkeit hierzu ausnutzt, um demnächst diese Waren mit erheblichem Gewinn abzusetzen, und infolgedessen zu einer ernsten Gefahr für die Aufrechterhaltung des staatlichen Ernährungssystems geworden ist. Da von Geldstrafe allein gegen gewerbsmäßige Schleichhändler in Anbetracht der außerordentlich hohen Gewinne, die im Schleichhandel erzielt zu werden pflegen, eine nennenswerte Wirkung nicht zu erwarten ist, der gewerbsmäßige Schleichhandel auch schon durch die Art der Strafandrohung dem Volksempfinden entsprechend als besonders verwerflich gekennzeichnet werden muß, sieht die Verordnung vor, daß gegen den gewerbsmäßigen Schleichhändler stets auf Freiheitsstrafe zu erkennen ist. Daneben muß in jedem Falle auf Geldstrafe erkannt werden, die bis zur Höhe von fünfhundert tausend Mark bemessen werden kann. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt und angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Täters öffentlich bekanntzumachen ist. Die gleiche Strafandrohung ist gegen denjenigen vorgesehen, der sich gewerbsmäßig zu einem verbotenen Erwerb von Lebens- oder Futtermitteln erbietet oder gewerbsmäßig Schleichhandelsgeschäfte vermittelt. Für den wiederholten Rückfall, dessen Voraussetzungen im wesentlichen in Anlehnung an die Vorschriften des Strafgesetzbuches über Rückfalldiebstahl geregelt sind, droht die Verordnung Zuchthausstrafe bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter 6 Monaten an. Neben Zuchthaus ist in diesem Falle die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zwingend vorgeschrieben.

Wie wir zu dieser neuen Verordnung stehen, haben wir bereits vor kurzem dargelegt.

Papiersparnis bei den Briefmarken. Nachdem bereits der früher dextrinhaltige Klebestoff der deutschen Briefmarken einem leichter beschaffbaren Ersatz hat weichen müssen, dokumentiert sich die Kriegssparsamkeit nun noch in anderer Weise bei den Postfreimarken. Die Marken werden nämlich seit etwa Mitte Februar von der Reichsdruckerei in 15½ Zentimeter langen, 12½ Zentimeter breiten zweckdienlich gegen unbefugte Oeffnung verklebten grauen Umschlägen, enthaltend 40 Blatt zu je 25 Stück Marken, an die Postämter zur Weiterausgabe an das Publikum geliefert. Bei den einzelnen Markenbogen bezw. Blättern sind jedoch neuerdings der Papiersparnis halber die weißen Papierränder und mithin auch die Randkontrollzahlen ganz fortgefallen, was im Schalterverkehr von den Postbeamten nicht gerade angenehm empfunden wird und namentlich in der ersten Zeit bei der Verrechnung zu Irrtümern Veranlassung geben dürfte.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat Februar beim hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 1 473 204,81 Mk., Gewerbesteuer 172 55,— Mk., Wertzuwachssteuer 8 225,— Mk., Grundsteuer 22 549 54 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 12 813,69 Mk., Veräußerungsabgabe 31 558 25 Mk., Stempelabgabe 6 949,70 Mk., Vermögenssteuer 2 439,67 Mk., zusammen 1 557 908 21 Mk. gegen 1 268 435,78 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 289 472,43 Mark mehr. Vom 1. April 1917 bis Ende Februar 1918 gingen insgesamt 9 696 852,40 Mk. ein gegen 7 410 241,92 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mehreinnahme beträgt somit 2 286 610,48 Mk.

Beschränkungen im Postverkehr. Für die Zeit vom 24. bis 30. März treten im Paketverkehr folgende Beschränkungen ein: Zur Beförderung unter Wertangabe werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Versendung unter Wertangabe ausgeschlossen. Das Verlangen der Eildestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen.

Feuergefährliche Gegenstände dürfen mit der Post nicht versandt werden. Trotz wiederholt ergangener dringender Warnungen vor der verbotswidrigen Versendung feuergefährlicher Gegenstände durch die Post, insbesondere die Feldpost, werden immer noch feuergefährliche Sachen, wie Streichhölzer, Benzin, Äther, Kalziumkarbid und dergleichen abgesandt. Die Mahnung, derartige Sachen nicht zu verschicken, wird nachdrücklichst wiederholt. Zuwiderhandlungen werden nach § 367 unter 5a des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft und im Betretungsfalle ausnahmslos gerichtlich verfolgt.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Februar. Befördert sind: 1918: 1 411 452 Personen, 1917: 1 351 980 Personen, mehr: 59 472 Personen. Eingenommen sind: 1918: 141 275,50 Mk. 1917: 126 620,67 Mk., mehr 14 654,83 Mk.

Der Hilfskreuzer „Wolff“, der bekanntlich monatelang, allen Verfolgern trotzend, auf den verschiedenen Weltmeeren der feindlichen Schiffahrt gewaltigen Schaden zufügte, ist am gestrigen Sonntag im Lübecker Hafen unter Glockengeläut eingelaufen. Das sehr stattliche Schiff hat am Kai bei der Eutiner Drehbrücke festgemacht, um einen Teil seiner wertvollen Ladung zu löschen. Selbstverständlich ist der Hilfskreuzer, der auch von behördlichen Stellen begrüßt wurde, bei der Bevölkerung der Gegenstand lebhaften und verdienten Interesses.

Bargeldlose Zahlung der Heeresbezüge. Vom 1. April ab werden im Bereich der preußischen Heeresverwaltung die Heeresbezüge (Militärpensionen, Renten, Hinterbliebenenbezüge) bei den Postanstalten gezahlt. Empfängern solcher Bezüge, die ein Postscheck- oder Girokonto unterhalten, können die Beträge auf ihr Konto gutgeschrieben werden, wenn sie bei ihrer Bestell-Postanstalt, bei der auch Vordrucke zu den Anträgen zu erhalten sind, einen dahin gehenden schriftlichen Antrag stellen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurdem dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Februar in 130 Fällen gemeldet. Davon betrafen 89 Fälle (8 tödlich verlaufen) Diphtherie, 30 Masern, 10 Scharlach, 1 (tödlich verlaufen) Typhus.

Holsten-Bank. In der am 8. März 1916 stattgefundenen Generalversammlung wurden die einzelnen Punkte der Tagesordnung glatt erledigt und die Dividende für das Geschäftsjahr 1917 mit 8% festgesetzt. Das ausscheidende Aufsichtsratsmitglied Herr Oberbürgermeister Röer in Neumünster wurde einstimmig wiedergewählt.

Schwartau. Einen Selbstmordversuch unternahm ein hiesiges junges Mädchen aus dem Riesebusch. Der Gemeindediener Witt sah, wie sie in eine Moorkuhle an der Aue hineinsprang. Mit vieler Mühe gelang es Witt, die sich heftig Sträubende dem nassen Elemente zu entreißen.

Eutin. Die Verteilung der Fische. Um eine gerechtere Verteilung der Fische herbeizuführen, werden sie in Zukunft von dem Fischhändler Hansen an die Bewohner nur nach dem Alphabet und nur unter Vorlegung des Butterbuches verteilt. Der Buchstabe, an den Fische abgegeben werden, wird in dem Schaufenster der Fischhandlung ausgehängt. Eine Nachlieferung findet nicht statt.

Eutin. Wo noch Goldgeld steckt! Eine Hamburgerin, die nach Ostholstein gefahren war, um hier Lebensmittel zu hamstern, hatte das Mißgeschick, ihre leinene Geldtasche mit 236 Mark zu verlieren. Als man ihr in einem Fundbureau vorschlug, das Geld gegebenenfalls durch Postanweisung nachzusenden, bat sie, das nicht tun zu wollen, da 160 Mk. in Goldstücken dabei seien, die sie zwecks leichteren Ankaufs von Lebensmitteln noch zurückgehalten hätte. — Pferdefleisch im Gasthaus. In der Schöffengerichtssitzung wurde ein Hotelbesitzer G. aus dem nahen S. zu 7 Tagen Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er seinen Sommergästen aus Pferdefleisch bereitete Speisen vorgesetzt hatte, ohne daß diese wußten, daß es sich um Pferdefleisch handelte; ferner erhielt er weitere 7 Tage Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, weil er zwei verschiedene Male verbotswidrig die Schlachtung von Kälbern vorgenommen und außerdem das aus Schlachtungen stammende Fleisch nicht wie vorgeschrieben, an die zuständige Stelle abgeliefert hat. — Wegen Milchpantscherei, durch die er den Meieristen fortgesetzt geschädigt hatte, wurde ein Schweizer H. in G. zu 1 Monat Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Eutin. Die Tagung des oldenburgischen Landtages ist bis zum 20. März verlängert worden.

Oldesloe. Ein großer Butterdiebstahl wurde im Lager des städtischen Verteilungsausschusses verübt. Die Diebe stahlen sechs Tonnen Butter, die sie auf einem Fuhrwerk fortgeschafft haben, das seinen Weg vermutlich durch die Stadt genommen hat. Die entwendete Buttermenge entspricht ungefähr der wöchentlichen Ration der gesamten Einwohnerschaft unserer Stadt.

Hamburg. Zittere, England! Der Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei für Hamburg veröffentlichte ein Preisausschreiben, durch das er drei Preise von 200, 60, und 40 Mk. aussetzt. Bedingung:

„Bis 4 Reihen, Prosa oder Dichtung, Hochdeutsch oder Plattdeutsch, sollen den markigen, volkstümlichen Text für ein großes Anschlags-Plakat bilden. Der Text soll ausdrücken, daß England, da ihm ein Waffensieg über Deutschland nicht gelungen ist, jetzt mit den verwerflichsten Mitteln, insbesondere durch großen Geldaufwand, versucht, in Deutschland Aufruhr anzuzetteln, um dadurch die deutsche Einigkeit zu sprengen und die deutsche Kampfkraft zu lähmen.

Der Text soll ausschließlich diese englische Niedertracht an den Pranger stellen und davor warnen, sich aber mit Politik sonst nicht befassen.

Die Vaterlands-Partei soll im Text nicht erwähnt werden.“

Die Hamburger Abteilung der Vaterlandspartei hat offenbar Beweise dafür, daß englisches Geld dazu verwendet wird, in Deutschland „Aufruhr anzuzetteln“. Sie sollte mit diesem Material nicht schamhaft hinter dem Berge halten. Durch solche Veröffentlichung würde sie sicherlich England mehr schädigen als durch die Verbreitung von „Gott-strafe-England!“-Plakaten in Poesie oder Prosa. Nebenbei bemerkt: wir finden es etwas schäbig, daß die riesig reiche Vaterlandspartei nur 300 Mk. für ihr Preisausschreiben aufwenden will.

Hamburg. Du sollst nicht hamstern, damit du die Allgemeinheit nicht schädigst, werden vielfach wei Pastoren schon manchmal gepredigt haben. Dabei mögen sie dann aber wohl gedacht haben: Richtet euch nach meinen Worten, aber nicht nach meinen Taten. Denn vor einiger Zeit erschien bei ihnen ein Mann und erzählte ihnen, er könne ihnen Lebensmittel besorgen. Da die „Seelsorger“ auch den Wunsch hatten, ihr Bäuchlein einmal tüchtig zu füllen, nahmen sie das Angebot dankend an und händigten dem Menschenfreund zum Ankauf der Lebensmittel 200 Mk. und 170 Mk. ein. Sie warten aber heute noch auf die Leckerbissen. Kürzlich wurde nun der „Versorger“ in der Person des vielfach bestraften Johannes Heinrich Sörensen ermittelt und in Sicherheit gebracht. In der jetzigen Verhandlung spielte er den Reumütigen; aber das nützte ihm nichts: er wurde wegen Betrugs im wiederholten Rückfall zu zwei Jahren Zuchthaus, 450 Mk. Geldstrafe oder noch 30 Tage Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Hamburg. Hineingelegter Hamster. Zu einem in Harvestehude wohnenden Kaufmann kam ein vielfach vorbestrafter Schauermann und bat um abgelegte Kleidungsstücke, wofür er dem Kaufmann dann als Gegendienst Lebensmittel verschaffen wollte. Der notleidende Harvestehuder ging auf das Geschäft ein. Er gab den Schauermann Kleidungsstücke und dieser reiste dann mit ihm nach einem Heidedorfe, wo die Lebensmittel gehamstert werden sollten. Im Dorfe angekommen, ging der Kaufmann in ein Gasthaus und gab dem Schauermann bare 680 Mk. und zwei Lederkoffer, damit er die versprochenen Lebensmittel hole. Wer aber nicht wieder kam, war der Schauermann, und der geprellte Kaufmann mußte ohne Lebensmittel und um 680 Mark leichter, seine Heimreise nach Harvestehude antreten. Hier lief er nun wutschnaubend zur Polizei, die dann auch den Schauermann in seiner Wohnung antraf und verhaftete.

Altona. Nette Suppenwürfel. Wegen Kriegsvergehens hatten sich der Suppenwürfelfabrikant Ferdinand Ründer und der Brauereibesitzer Karfiol vor der hiesigen Strafkam-

r zu verantworten. Beide haben in der Reichenstraße in gona eine Suppenwürzefabrik eröffnet, die Karfiol finanzierte. r Herstellung der Würze benutzte Kländer rnschläuche Hautteile und auch Knochen. Diese chen wurden zum Teil, wie die Sachverständigen und Zeugen haupteten, nicht genügend gereinigt. Die Würze wurde ürzena genannt, in Fässer verpackt und an Geschäftsleute kauft, die sie dann zu Suppenwürfeln verarbeiteten. Die ürze war aber für besagte Zwecke meistens nicht zu verwenden. r einige Käufer behielten sie. Als eines Tages Tierarzt Dr. eling und Stadtarzt Medizinalrat Dr. Schröder aus Anlaß ler Klagen der Anwohner der Fabrik in der Reichenstraße er schlechte Gerüche, die aus der Fabrik kommen sollten, se besichtigten, fanden sie verschiedene Hautstücke, e ungereinigt waren. Der Angeklagte Kländer behauptete der Verhandlung, daß es sich hierbei um Abfälle gehandelt be, die zu Düngemitteln verarbeitet werden sollten. Der Che ker Dr. Baum gab sein Gutachten dahin ab, daß die Würze n wesentlichen aus Leim und Kochsalz, bestehe, sie ebe und rieche ekelhaft wie Knochenleim und rfte im wesentlichen eine gesalzene Auskochung von höchstens ht einwandfreien Knochen sein und schließe die Verwendung für n menschlichen Genuß aus. Das Urteil lautete gegen Kländer f 1500 Mk. und Karfiol 1000 Mk. Geldstrafe. Ein viel zu mil- s Urteil für solche Schweinerei!

Flensburg. „Patriotische" Landleute. In den gten Tagen hat im Landkreis Flensburg durch Feststellungsaus- üsse die Aufnahme der noch abzuliefernden Getreidebestände ttgefunden. Im benachbarten Dorf Fröslee haben die Mit- ieder des Ausschusses allerhand Feststellungen gemacht, die so cht den „vaterländischen" Geist der dortigen Bauern beleuchten. i einer erheblichen Anzahl von Stellen war das Bestreben vor- nden, Kornvorräte zu verheimlichen, und nur durch energisches orgehen gelang es, die betreffenden Patrioten zu veranlassen, re versteckten Vorräte herzugeben. Unter Hinweis darauf, daß nen die verheimlichten Mengen ohne Entgelt genommen würden d Strafanzeige erfolge, bequemten sie sich schließlich zur „frei- illigen" Hergabe und retteten sich dadurch vor gerichtlicher Ver- lgung. Nachstehend bringen wir die gröbsten Fälle zur öffent- hen Kenntnis: Bei dem Landmann Jes Mathiesen fand die Kom- ission unter Bettzeug und in verschlossenem Koffer versteckt 5 Kilogramm Gerste. Außerdem hatte dieser Patriot die Haus- ilterin seines Bruders, der im Felde steht, verleitet, auch auf ssen Hof Vorräte zu verstecken. Es wurden dort gefunden 1 Kilogramm Roggen, 292½ Kilogramm Hafer, 275 Kilogramm erste. Auf der Tenne lagen außerdem nach Schätzung etwa 0 Zentner Hafer und an ungedroschener Gerste, Mengkorn und afer schätzungsweise 60 Zentner. Das Weiterdreschen wurde egen Gefahr der Verschleppung dem Landwirt untersagt undird nun unter behördlicher Kontrolle auf Kosten des Mathiesen orgenommen werden. Bei Chr. Mathiesen, der ebenfalls im elde steht und dessen Frau den Betrieb weiterführt, fand die ommission in der besten Stube versteckt 600 Kilogramm Hafer nd 50 Kilogramm Buchweizen. Bei Peter Carstens fand man 20 Kilogramm versteckte Gerste, bei der Frau Marie Clausen 5 Kilogramm Gerstengrütze, die sie freiwillig preisgab, während weitere 60 Kilogramm Hafer und 60 Kilogramm Schrot auf dem oden versteckt gefunden wurden, von deren Vorhandensein ihr ach ihrer Angabe nichts bekannt war, vielmehr müsse der Dienst- necht diese Mengen versteckt haben. Bei einer ganzen Reihe — m ganzen wurden 50 Stellen revidiert — fand man kleinere ab- ieferungspflichtige Mengen, so daß das Gesamtergebnis ein- chließlich der ungedroschenen Mengen bei Mathiesen etwa 10 000 Kilogramm Roggen, Hafer, Gerste und Buchweizen beträgt, die nun der Allgemeinheit zugeführt werden können. Welche erhebliche Mengen an Getreide würden wohl noch zum Vorschein kommen, wenn im ganzen Deutschen Reich rücksichtslos gegen die Bauern vorgegangen würde? Die Revisionen haben erneut den Beweis erbracht, wie auf dem Lande gemogelt wird. In den Städten dagegen muß sich die Bevölkerung mit so geringen Mengen an Lebensmitteln behelfen, daß es weder hin noch her reicht. Immer und immer wieder heißt es: es ist nicht genug da, und hier zeigt sich, daß Vorräte in Hülle und Fülle vorhanden sind. Es ist hohe Zeit, daß man Revisionen überall, und zwar auf dem schnellsten Wege und ohne jede Rücksicht vornimmt.

Sonderburg. Um die Freiheit. Drei kriegsgefangene Russen, die bei Norburg beschäftigt waren, hatten sich eines Bootes bemächtigt und versucht, damit übers Meer nach Dänemark zu entkommen. Das Boot ist bei Apenrade angetrieben. Zwei der Insassen waren halbwegs erfroren, während den dritten der Tod bereits ereilt hatte.

Neustrelitz. Er verzichtet. Herr Herzog Michael, von Gottes Gnaden rechtmäßiger Thronfolger von Mecklenburg-Strelitz und zurzeit russischer Generalleutnant, hat, wie die „Mecklenburgische Zeitung" mitteilt, schriftlich auf seine Thronansprüche verzichtet. Damit fällt allen guten Mecklenburgern ein Stein vom Herzen; kommen sie doch jetzt nicht mehr in die Lage, als „getreue Untertanen und Diener" einen Landesfeind als Herrscher von Gottes Gnaden anerkennen zu müssen. Die guten Strelitzer sind übrigens mit der Uebernahme der Regierung durch Friedrich Franz recht unzufrieden. Fürchtet man doch, daß ihre schöne Stadt Strelitz durch den Wegzug der Residenz schweren wirtschaftlichen Schaden erleiden wird. Infolgedessen mehren sich sogar in bürgerlichen Kreisen die Stimmen, die allen Ernstes das Selbstbestimmungsrecht des Volkes in Sachen ihrer Regierungsnöte fordern. Wie wäre es damit?

Wittenburg. Kindesmord. Mit Lysol ihr eigenes Kind vergiftet hat die Schnitterin Monika Kowalski aus Dreilützow. Dasselbe befand sich bei einer Fam. V. in Pflege und als diese für kurze Zeit das Haus verlassen hatte, goß die unnatürliche Mutter, die jedenfalls mit diesem scheußlichen Gedanken nach hier gekommen war, ihrem etwas über 1 Jahr alten Knaben das Gift in den Hals. Darauf eilte sie nach Hause, denn als Frau V. sie bei einem Kaufmann, wohin die Schnitterin noch gehen wollte, nachsuchte, war sie gar nicht dort gewesen. Die K. wurde nun in Dreilützow aufgefunden und verhaftet. Das bedauernswerte Kind ist unter unsäglichen Schmerzen gestorben.

Jugend und Krieg.

Unsere Jugend hat sich im Weltkriege schon allerlei Dinge geleistet, die vom Scherz bis zum blutigen Ernst reichen, und immer werden neue Fälle bekannt, die erkennen lassen, daß der Weltkrieg die merkwürdigsten Erscheinungen auch auf diesem Gebiete zeitigt. Frei nach Wilhelm Busch haben in Dessau auf einem Grundstück der Steneschen Straße zwei zehnjährige Jungen Hühner zunächst durch Körnerfutter an den Zaun gelockt. Dann wurden Angelschnüre gelegt, an denen Fleischstücke befestigt waren. Nachdem die Hühner die Haken mit den Fleischstücken verschluckt hatten, wurden sie über den 1½ Meter hohen Zaun gezogen. Eine ganze Anzahl wertvoller Hühner wurde auf diese Weise von den Jungen „geangelt".

Unter dem Ausruf „Extrablatt! Extrablatt! Friede mit Rumänien!" durchzog an einem der letzten Abende ein falscher Friedenskünder die verdunkelten Straßen von Kiel. Die Ankündigung zog, und was der Junge an Blättern im Arme hatte, war im Nu ausverkauft. Hinterher stellte es sich heraus, daß alle Käufer mit alten Extrablättern angeführt worden waren. Der jugendliche Schwindler war, ehe man ihn ergreifen konnte, längst über alle Berge.

Ein etwas bedenklicher Jugendstreich wird ferner aus dem Orte Flörsheim bei Mainz gemeldet. Hier haben vier Fortbildungsschüler Fläschchen mit einer aus einer chemischen Fabrik stammenden, furchtbar stinkenden Flüssigkeit gefüllt in den Schulsaal geworfen, so daß dieser drei Tage hindurch nicht zu betreten war. Der Unterricht mußte in einem anderen Lokal abgehalten werden, bis der Schulsaal von den Uebeltätern selbst gereinigt war.

In Gladbach haben zwei Mädchen im Alter von 13 und 15 Jahren, die bereits 15 Diebstähle ausführten und unter anderem in einem Goldwarengeschäft eine goldene Uhr stahlen, neuerdings wieder in drei Fällen verschiedene Sachen gestohlen. Bei ihrer letzten Vernehmung stimmten sie, als sie wegen ihres leichtfertigen Betragens zur Rede gestellt wurden, das Lied an: „O Deutschland, hoch in Ehren!", um so die an sie gerichteten Vorwürfe zu übertönen.

Man darf, auch wenn man den humoristischen Einschlag dieser „Jugendstreiche" genügend würdigt, doch fragen: was soll aus einer solchen Jugend werden? Die statistischen Zahlen reden hier eine Sprache, die zum Nachdenken stimmt. In einer Denkschrift des Oberlandespräsidenten von Düsseldorf wird mitgeteilt, daß die Zahl der verurteilten Jugendlichen im Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf von 874 im Jahre 1914 auf über 5000 im ersten Halbjahr 1917 angewachsen. Es handelt sich dabei lediglich um gerichtlich abgeurteilte Fälle, während die Vergehen und Zuwiderhandlungen der Jugendlichen, die nicht dem Gericht zur Aburteilung überwiesen werden, sich jeder Schätzung entziehen. Leider erscheint es ausgeschlossen, daß, solange der Krieg und seine Hemmungen dauern, eine Besserung eintritt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. März. (Amtlich.) Unsere Unterseeboote haben im Sperrgebiete um England 18 000 Brutto-Register-Tonnen Schiffsraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen waren zwei Engländer, nämlich der bewaffnete Dampfer „Dalewood" (2420 Brutto-Register-Tonnen) mit 3000 Tonnen Kohlen für die englische Flotte in Scapa Flow bestimmt, und der bewaffnete Dampfer „Largo" (1764 Brutto-Register-Tonnen) mit 2400 Tonnen Kohlen für Belfast. Zwei weitere Dampfer, darunter einer von 4000 Brutto-Register-Tonnen, hatten Masut und Oel an Bord.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stockholm, 10. März. Auf dem 7. Kongreß der Maximalistenpartei hielt Trotzki eine Rede, worin er von seiner Demission als Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Mitteilung machte. Die Absicht Trotzkis geht jetzt darauf hinaus, bei dem Moskauer Konvent der Sowjets Führer der kriegerischen Opposition zu werden. Damit dürfte der Kampf Lenin—Trotzki als in ein neues Stadium getreten angesehen werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck

Bekanntmachung

betreffend Aufstellung von Fettabscheidern.

Nach den Bundesratsverordnungen vom 13. April 1916 und 3. Mai 1917 (Reichsgesetzblatt Nr. 74 und Nr. 87) sind alle in Gastwirtschaften, Speiseanstalten, Schlachthöfen, Darmschleimereien, Metzgereien, Wurstfabriken, Konservenfabriken, Krankenhäusern, Lazaretten und ähnlichen Betrieben durch Fettabscheider oder auf andere Weise gewonnenen Spülwasser- und Klärschlammfette dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette G. m. b. H. in Berlin, anzumelden und auf Verlangen abzuliefern.

Jeder Inhaber solcher und ähnlicher Betriebe, bei denen eine größere Fettausbeute aus Abwässern zu erwarten steht, ist verpflichtet, auf Anordnung der zuständigen Behörde zur Rückgewinnung der in Abwässern enthaltenen Fette entweder Fettabscheider auf seine Kosten aufzustellen oder deren Aufstellung durch die von der Behörde beauftragten Stellen unter den von der Behörde näher festgestellten Bedingungen zu gestatten. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. wird bestraft, wer den Vorschriften dieser Verordnungen oder den auf ihrer Grundlage erlassenen behördlichen Anordnungen zuwiderhandelt.

Auf Grund dieser Vorschriften ergeht für das Gebiet der Stadt Lübeck und der eingemeindeten Gebiete folgende Ausführungsverordnung:

§ 1.

Die Inhaber von Gastwirtschaften, Speiseanstalten, Schlachthöfen, Darmschleimereien, Metzgereien, Wurstfabriken, Konservenfabriken, Krankenhäusern, Lazaretten und ähnlichen Betrieben, bei denen eine größere Fettausbeute zu erwarten steht, haben in ihren Betrieben, soweit es noch nicht geschehen ist, Fettabscheider auf eigene Kosten einzubauen und alle gewonnenen Fettabfälle der vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette mit dem Sammeldienst für Lübeck beauftragten Firma H. Meyer & Co. in Lübeck, Werftstraße Nr. 2, zu den vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette in Berlin festgesetzten Uebernahmepreisen (Höchstpreis Mk. 100.— für 100 kg) abzuliefern.

§ 2.

Den Betriebsinhabern wird gestattet, anstatt des Einbaues eigener Fettabscheider den Einbau von Fettabscheidern durch die Firma H. Meyer & Co. in Lübeck unter den bei dieser und bei der Baubehörde, Abt. Tiefbau, Kl. Bauhof Nr. 15, einzusehenden, vom Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette in Berlin im Einvernehmen mit der Baubehörde genehmigten vertraglichen Bedingungen vornehmen zu lassen.

Lübeck, den 8. März 1918. (1020

Die Baubehörde.

Meldung von Zugtieren und Fahrzeugen.

Es ist Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Halter von Pferden, Zugochsen, Kraftwagen und bespannbaren Fahrwerken mit der im November 1917 dem Kriegsfuhramt erstatteten Meldung ihre Verpflichtungen aus § 3 der Verordnung vom 29. Oktober 1917 noch nicht erschöpft haben, vielmehr verpflichtet sind auch etwaige **Veränderungen in den gemeldeten Tatsachen** sofort nach ihrem Eintritt dem Kriegsfuhramt schriftlich zu melden. Dies gilt insbesondere von Zugängen und Abgängen bei Zugtieren und Fahrzeugen.

Lübeck, den 8. März 1918. (1030

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der Ausweiskarten für Binnenschiffer und der Lebensmittelkarten für Binnenschiffer erfolgt vom 12. März 1918 ab in der Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen, Königstraße 69.

Lübeck, den 9. März 1918. (1018

Das Polizeiamt.

Weitere 27 000 Mark Belohnung.

Außer den bereits ausgelobten Beträgen ist mir auch die obengenannte Summe von privater Seite zur Verfügung gestellt worden. Sie soll zur Belohnung desjenigen dienen, durch dessen Hilfe es zum ersten Male gelingt, einen von feindlicher Seite besoldeten Agenten der Aufhetzung der Arbeiterschaft zum Streik, namentlich der Verbreitung von Flugblättern, im Korpsbezirk zu überführen.

Sind mehrere Personen an der Ueberführung beteiligt, so entscheide ich über die Verteilung des Betrages.

Personen, denen kraft ihres Amtes die Verfolgung feindlicher Agenten obliegt, sind von dieser Belohnung nicht ausgeschlossen.

Diese Auslobung wird unwirksam, wenn nach meinem Urteil bis zum Friedensschluß mit Amerika, England und Frankreich niemand ein Anrecht auf diese Belohnung erworben hat.

Eine Anfechtung der von mir vollzogenen Zuteilung der ausgelobten Summe im Wege des Prozesses ist ausgeschlossen.

Ein etwaiger Widerruf der Auslobung vor dem in Abs. 4 bestimmten Zeitpunkt wird in derselben Weise wie diese Auslobung bekannt gemacht. (1024

Der stellv. kommandierende General
v. Falk,
General der Infanterie.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.
Geschäftsstelle: (1014
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Betty Preß
Curt Barth
Verlobte
Mölln i. Lbg. Im Felde,
1027) zurzeit auf Urlaub.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am 8. März starb nach langer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Brauer

Hermann Spittler.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 12. März, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Die Mitglieder versammeln sich um 2¼ Uhr im „Weißen Hirsch".

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

1023) **Der Vorstand.**

Jung. Mädchen sucht zu sof. einfach möbliertes Zimmer, am liebsten Markt. Angebote unter **L. Sch** an die Exped. (1033

Nach arbeitsreichem Leben starb plötzlich nach schwerer kurzer Krankheit mein lieber guter Mann, unser geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater

Anders Johann Swenson

im eben vollendeten 68. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübten Herzens an im Namen der Familie (1031

Marie Swenson
geb. Schoer.

Beerdigung Mittwoch 9 Uhr von der Burgtor-Kapelle aus. Trauerfeier 8¾ Uhr.

Am Sonntag morgen entschlief unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter (1035

Caroline Köster
geb. Petri

im 56. Lebensjahre, aufs tiefste betrauert u. schmerzlichst vermißt von den Ihrigen.

Ludwig Köster
und Kinder.

Herrenwyk, 11. März 1918. Kolonie 156.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 14. März, in Lübeck statt. Beginn der Trauerfeier nachm. 1¾ Uhr in der Kapelle Vorwerk.

Johannisbeerstrauch (schwarze, Riese v. Boskoop), sehr langtraub. enorm volltragend, zu verkaufen
1021) **H. Lange, Mori.**

Wer ist Bodenreformer?

Jeder, der weiß, was Bodenreform ist, und nach seiner Ueberzeugung handelt. „Meiner Meinung nach kann niemand, der der Bodenreform widerspricht, sie überhaupt verstanden haben." (Tolstoi.)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Freitag, dem 8. März, starb unser Mitglied, der Kollege

J. Swenßon.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 13. März, morgens 9 Uhr, auf dem Burgtor-Friedhof statt.

Dem Weltkriege zum Opfer fiel unser Mitglied, der Kollege

Max Scheffen.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

1034) **Die Ortsverwaltung.**

Große Bohnen
zum Pflanzen zu verkaufen.
1028) Waisenhofstr. 13, II, l.

Zu verkaufen eine Traillen Kinderbettstelle, ein Waschtopf und ein Schulränzel.
1025) An der Falkenwiese 13, I, l.

Sprechmasch. m. 26 Platten
billig zu verkaufen. (1026
J. Schröder, Falkenstr. 8.

Zu kaufen gesucht (1015
Haushaltslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

2500 bis 3000 Mk.
sofort sicher zu belegen. Angeb. unt. B A 38 an die Exp. (1019

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (1016
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher.
Breite Strasse 54 und Hüxstr. 71.

Gute Schnürsenkel,
Gute Lederfette,
Gute Schuhcreme,
Gute Einlegesohlen,
Gute Ersatzbesohlung
C. Grimm Nachfl.
Schlumacherstraße 6.
1—3 Uhr geschlossen.

1022

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr: (1032
Filmzauber.

Stadttheater. 1029
Dienstag, den 12. März 1918:
Anfang 7 Uhr:
Kater Lampe.
Komödie von E. Rosenow.
Mittwoch, den 13. März 1918:
Anfang 7 Uhr
Die Csardasfürstin.

Nr. 59
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 11. März 1912

Ein Notschrei Hinterbliebener in der Seefahrt Verunglückter.

Nach den Bestimmungen des See-Unfallversicherungsgesetzes wird für die Berechnung der Renten der Verunglückten bezw. für die der Hinterbliebenen, nicht der tatsächliche Verdienst des Mannes, sondern gemäß § 1067 R. V. O. das Elffache der zur Zeit des Unfalles in Kraft stehenden, vom Reichskanzler gemäß §§ 1068, 1069 R. V. O. für die einzelnen Klassen von Seeleuten einheitlich für die ganze deutsche Küste festgesetzten monatlichen Durchschnittsheuern, zugrunde gelegt. Dazu werden für die an Bord gewährte Beköstigung ⅔ des Durchschnittssatzes der Heuer eines Vollmatrosen für elf Monate hinzugerechnet. Die hiernach geltenden Sätze sind vom Reichskanzler zuletzt am 19. Dezember 1912 festgelegt. Ist es schon an sich ein Unrecht, daß ebenso wie bei den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, nicht der tatsächlich verdiente Lohn des Verunglückten der Rentenberechnung zugrunde gelegt wird, so ist dies, unter den Verhältnissen, die heute in der Seefahrt herrschen, doppeltes Unrecht. Die Risiken, die die Seeleute beim Anmustern in Friedenszeiten eingehen, sind gegenüber den jetzt herrschenden nicht zu vergleichen. Alle Augenblicke verschwinden Dampfer mit Mann und Maus und nichts hört man von der ganzen Besatzung wieder. Dieses vermehrte Risiko wird ganz natürlich durch entsprechende Erhöhung der Heuer auszugleichen gesucht. Dieser Ausgleich fällt aber bei der Entschädigung verunglückter Mannschaften oder deren Hinterbliebenen vollständig fort. Hier gelten immer noch die 1912 festgelegten Sätze, die schon für die Friedenszeit außerordentlich niedrig bemessen waren. Führen wir uns dies einmal an einem Beispiel vor Augen. Der 1. Maschinist eines im Dezember 1917 verloren gegangenen Dampfers, von dem niemand gerettet ist, hatte eine Monatsheuer von 380 Mk.; er würde also daraus ein Jahreseinkommen von 4560 Mk. gehabt haben. Rechnet man dazu noch für die Beköstigung an Bord einen monatlichen Betrag von gering gerechnet 75 Mk., so würde sich daraus für das Jahr 900 Mk. ergeben. Insgesamt also würde aus seiner Tätigkeit ein Einkommen von 5460 Mk. entstehen. Würde dieser Verdienst von einem nach der gewerblichen Unfallversicherung versicherten Arbeiter erzielt sein, und solche Verdienste gibt es doch in der Rüstungsindustrie, so würde die Witwe nach folgender Berechnung Rente bekommen: 1800 Mk. werden von dem Einkommen voll gerechnet und von dem diesen Betrag übersteigenden Einkommen nur ⅓, also von 3660 Mk. würden noch 1220 Mk. in Ansatz zu bringen sein, sodaß sich der der Rentenberechnung zugrunde zu legende Jahresarbeitsverdienst auf 1800 + 1220 = 3020 Mk. belaufen würde. Davon erhält die Witwe als Jahresrente ⅔ oder 604 Mk. pro Jahr, ein Betrag, der sicher nicht als zu hoch angesprochen werden kann. Bei der Witwe des Maschinisten aber gestaltet sich die Sache noch ganz wesentlich ungünstiger. Nach den 1912 vom Reichskanzler festgelegten Sätzen gilt als Durchschnittsheuer für einen 1. Maschinisten auf Frachtdampfern in großer Küstenfahrt (andere Fahrten kommen jetzt in größerem Umfange überhaupt nicht in Betracht) monatlich 210 Mk. und für einen Vollmatrosen 70 Mk. Da von letzterer Summe für die Beköstigung an Bord ⅔ oder 28 Mk. (28 Mk. für die Beköstigung eines erwachsenen Mannes in dieser Zeit und für einen ganzen Monat!) zu dem Gehalt von 210 Mk. hinzuzurechnen ist, so ergibt sich hieraus monatlich 238 Mk. Das Elffache hiervon ist 2618 Mk. und der Rentenberechnung würde danach 1800 Mk. plus ⅓ von 818 Mk., somit also 2072,70 Mk. zugrunde zu legen sein. Da die Witwe hiervon wiederum ⅔ als Jahresrente bekommt, so würde sich diese auf 414,55 Mk. jährlich stellen. Wenn man bedenkt, daß der Verunglückte nach der obign Angabe ein Jahreseinkommen von 5460 Mk. hatte und die Witwe jetzt mit 414,55 Mk. oder 7,6 Proz. des früheren Einkommens des Mannes auskommen soll (die Witwe eines Vollmatrosen würde nach den geltenden Sätzen gar nur 215,60 Mk. im Jahr erhalten), so sind das Verhältnisse, die zum Himmel schreien und die dringend einer Abhilfe bedürfen, sei es auch zunächst nur dadurch, daß der Reichskanzler die 1912 festgelegten Sätze schleunigst einer Neuregelung unterzieht. — Ueberhaupt ist in der gesamten Unfallversicherung die Art der Berechnung der Renten der Hinterbliebenen untereinander wenig gerecht und würde es eine dankbare Aufgabe unserer Abgeordneten sein, hier entsprechende Abänderungsanträge zu stellen. Jede der Hinterbliebenen, ganz gleich ob Witwe oder Kind bekommt als Rente ⅔ des anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienstes des verunglückten Ernährers, doch dürfen die Renten zusammen nicht mehr als ⅘ betragen. Sind mehr Hinterbliebene vorhanden, so werden die Renten entsprechend gekürzt. Richtiger und gerechter wäre es aber doch, wenn der auf die Witwe entfallende Teil höher bemessen würde. Hat sie doch die Pflichten des verstorbenen Ernährers zu übernehmen, für die Erziehung der Kinder zu sorgen und die Kosten des gemeinschaftlichen Haushaltes zu tragen, auch wenn für die Kinder mit der Vollendung des 15. Lebensjahres die bis dahin gezahlte Rente fortfällt. Wenn man daher der Witwe statt der ihr zustehenden 20 Proz. des anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienstes eine Rente von 30 Proz. geben würde und jedem Kinde, sofern es nicht Vollwaise ist, statt bisher 20 Proz., 15 Proz. bis zum Höchstbetrage von, wie bisher 60 Proz., so würde diese Art der Bemessung der Renten sicher eine gerechtere sein. Die Berufsgenossenschaft würde dadurch auch nicht zu sehr belastet werden, den Hinterbliebenen aber würde ganz wesentlich schon geholfen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, die Sache an den maßgebenden Stellen in Fluß zu bringen; unsere Seeleute, die heute unter ungeheuren Gefahren den Verkehr mit den neutralen Ländern noch aufrecht erhalten, haben es verdient, gehört zu werden.

P. H.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Uebermäßiger „Verdienst am Vaterlande".

Die Abgg. Ebert, Molkenbuhr und Scheidemann richten an den Reichskanzler folgende Anfrage:

Nach Zeitungsberichten sind in dem Strafprozeß gegen die Geschäftsführer der Maschinenfabrik Wiesbaden von der Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden die Grundsätze der Rechtsprechung über den Begriff des „übermäßigen Gewinnes" im Sinne der Kriegswucherverordnung als nicht maßgeblich für die Kalkulation bei der Lieferungen von Kriegsmaterial erklärt worden.

Beabsichtigen die Verbündeten Regierungen einer Durchlöcherung der Kriegswucherverordnung zugunsten der Kriegsindustrie durch eine Ergänzung der Verordnung vorzubeugen?

Der Kammerherr der Kaiserin.

In der Angelegenheit des Kammerherrn v. Behr-Pinnow, gegen den, wie Sonnabend im Hauptausschuß des Reichstags mitgeteilt wurde, die Erhebung der Anklage angeordnet worden ist, handelt es sich, wie der „Berl. Lokal-Anzeiger" mitteilt, um die Lieferung von Säcken an die Heeresverwaltung, wobei große Preisüberschreitungen vorgekommen sind. Wie behauptet wird, ist von Herrn von Behr-Pinnow zusammen mit einem Teilhaber ein Geschäft abgeschlossen worden, das sich auf etwa 27 Millionen stellen soll, wobei ein Nutzen von 4 600 000 Mark verblieb. Dies gab zu Ermittlungen und schließlich zu gerichtlicher Verfolgung der Sache Anlaß. Nachdem der Richter erster Instanz die Anklage abgelehnt hatte, ist ihre Erhebung durch die höhere Instanz angeordnet worden. Herr v. Behr-Pinnow hat daraufhin vor einigen Tagen sein Ehrenamt als Vorsitzender der Augusta-Viktoria-Stiftung niedergelegt.

Das Inkrafttreten der Personenverkehrssteuer.

Der Zeitpunkt, an dem die neue Personenverkehrssteuer in Kraft treten soll, ist endgültig, wie das bayrische „Verkehrsministerialblatt" mitteilt, auf den 1. April festgesetzt worden. Die Personentarifreform wird daher auch von diesem Tage an durchgeführt. Die Ansicht, die Durchführung der Reform sei auf den 3. April verschoben worden, ist irrig. Es steht lediglich noch nicht fest, ob auch die neue Bestimmung, nach der die Gepäckfracht verdoppelt wird, am 1. April aufgehoben wird.

Herr Traub in liberaler Beleuchtung.

Herr Pfarrer Traub, der vaterlandsparteiliche Rundreiseredner und Inhaber eines fortschrittlichen Landtagsmandats, hat sich neulich mit einem Artikel in der „Täglichen Rundschau" bei allen Reaktionären und Kriegstreibern in empfehlende Erinnerung gebracht. Er beging in diesem Artikel neben anderen Geschmacklosigkeiten auch die, als liberaler Landtagsabgeordneter gegen die Liberalen zu hetzen. Jetzt schreibt ihm das „Berliner Tageblatt" folgendes ins Stammbuch:

„Herr Traub suchte bekanntlich, als ihm der Oberkirchenrat seinen Pfarrerposten in Dortmund genommen hatte, Schutz und Hilfe bei der Fortschrittlichen Volkspartei. Er ging zu den Redaktionen der fortschrittlichen Zeitungen und warb auch dort um Beistand in seinem Mißgeschick. Da man irrtümlich der Meinung war, er sei nicht nur ein persönlich gekränktes Gemüt, sondern auch ein Vorkämpfer liberaler Ideen, half man ihm, und die Fortschrittliche Volkspartei stellte ihn bei der Wahl im Kreise Teltow als ihren Kandidaten auf. Nachdem er so in das Parlament gelangt war, enthüllte er seine wahren Anschauungen und ging zur „Deutschen Vaterlandspartei". Das alles konnte ja vielleicht entschuldbar erscheinen, aber es ist doch ungemein bezeichnend, daß er, trotz allen an ihn ergangenen Aufforderungen, sein Mandat nicht herausgeben will. Er beschimpft und verdächtigt die Fortschrittliche Volkspartei, aber wenn sie ihn ersucht, die Konsequenzen zu ziehen und von seinem Sitze zu weichen, stellt er sich taub. Stolz und beharrlich unterzeichnet er die Artikel, die er in alldeutschen Blättern veröffentlicht, als D. Traub, M. d. A. In seiner „Polemik", wie in der Zähigkeit, mit der er einer von ihm also so schädlich bezeichneten Partei seine Person aufdrängt, beweist er einen ganz eigenartigen Geschmack."

Wucher in Papierstofferzeugnissen.

Der ungeheure Wucher in Papierstofferzeugnissen hat den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu nachstehender Eingabe an den Reichskanzler veranlaßt:

Der Krieg hat auch innerhalb der Textilindustrie eine große Anzahl Ersatzstoffbranchen hervorgebracht. Den hervorragendsten Platz nimmt die Papiergarn- und -Stofferzeugung ein. Nach dem Urteil von Fachleuten und nach praktischer Erprobung ist die Möglichkeit vorhanden, einen guten waschbaren Stoff zu Zwecken menschlicher Bekleidung und sonstigen Gebrauchs herzustellen. Angesichts des großen Mangels an baumwollenen, schafwollenen und leinenen Erzeugnissen glaubte die Bevölkerung, es könnte ihrem großen Bedarf nach Stoffen mit Hilfe der Papiererzeugnisse abgeholfen werden. Allgemein glaubte man auch, daß es möglich sei, diese Erzeugnisse zu erschwinglichen Preisen an das ärmere Publikum abzugeben. Leider haben sich beide Erwartungen nicht erfüllt. Die im Handel befindlichen Papierstoffe spotten qualitativ jeder Beschreibung. Die Ueberführung an das kaufende Publikum bedeutet eine schwere wirtschaftliche Schädigung und Uebervorteilung der Verbraucher.

Die Preise der aus Papier hergestellten Artikel sind in unerhörter Weise in die Höhe getrieben worden. Wie vor kurzem an kompetenter Stelle mitgeteilt wurde, kostet eine Binde, die, aus Baumwolle hergestellt, einen Preis von 75 Pfg. hat, aus

Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

44. Fortsetzung.

„Mein Freund," sagte er, „ein großes Geschäft ist und bleibt ein großes Geschäft, und nur das, daß ich hier die Prokura besitze, also eigentlich Mitchef bin, kann mir den Verlust meiner schönen Reisen einigermaßen erträglich machen. Auch," setzte er mit frommem Blick gen Himmel hinzu, „kommt man endlich in die Zeit, wo man ein stilles beschauliches Leben dem geräuschvollen Treiben der Welt vorzieht, und ich habe geräuschvoll und vergnügt gelebt, mein Lieber! Ich reiste für das Haus Stieglitz und Komp. in Indigo, in blauem Indigo, und reiste mit zwei Pferden und einem Kutscher; unser Haus war berühmt, ich brauchte bloß zu sagen: „Mein Name ist Specht vom Hause Stieglitz und Komp.", so füllte sich meine Schreibtafel augenblicklich mit Bestellungen. Ah, das war ein Leben, junger Freund!" Er nahm das Glas vom Tische, tat einen großen Zug daraus und bot auch mir zu trinken an, ich ließ mich nicht lange nötigen und fand einen recht guten Punsch. „So strenge ich," fuhr der Buchhalter fort, „in meinem gewöhnlichen Leben bin, und so sehr ich eigentlich den Genuß geistiger Getränke hasse, so gibt es doch Augenblicke, wo ich meinem Geist, der bleiern und schwer das Diesseits nicht verlassen will, aufhelfe, damit er fröhlich emporflattere. Der Mensch ist ein schwaches Geschöpf, und das, was wir Körper nennen, muß hier und da aufgestachelt werden, damit es sich aufraffe und dem jubilierenden Lerchenschlag der Seele nicht widerstrebe, die aus den schweren Banden nach der himmlischen Höhe strebt."

Mir schien, der Herr Specht habe sich schon bedeutend aufgestachelt, denn aus seinem flammenden Auge sprach eine außerordentliche jubilierende Seele und er führte Redensarten, die für einen wenig Erleuchteten, wie ich, unverständlich waren; doch ging ich in seine Ideen ein und versprach auf seine dringende Bitte, alles mögliche an mir zu tun, damit das Licht in meinem Innern, welches ebenfalls durch sündige Asche verdeckt sei, zu einem hellen Aufflackern gelangen könne.

Meine guten Vorsätze rührten den Herrn Specht, und da ich sehr viel Punsch dazu trank, auch ihm das Glas häufig hinreichte, so wurde er ganz glückselig und jubilierte schluchzend, und dankte seinem Schöpfer, daß es ihm gelungen sei, abermals eine Seele auf den richtigen Weg zu führen. Dieses Jubilieren artete aber zuletzt in so merkwürdige Redensarten und Ausrufungen aus, daß es mir nicht möglich war, einen Sinn darin zu finden. Ich beurlaubte mich deshalb und ging in mein Zimmer zurück, wo ich meinem Vorgesetzten noch lange zuhorchte, wie er Bibelstellen rezitierte und mit unsicherer Stimme Verse aus dem Gesangbuch ableierte. Endlich schlief ich ein und versäumte am anderen Morgen zum erstenmal die Stunde des Aufstehens, was mir einen sehr ernsten Blick der Madame Stieglitz zutrug.

Im allgemeinen war es mir aber wirklich gelungen, die Gunst der ernsten finstern Frau zu gewinnen. Sie erlaubte mir häufig, meine Verwandten zu besuchen, und nach jedem Brief, den ich dem Professor bei solcher Gelegenheit übergab, wurde sein Gesicht freundlicher und der Empfang bei seiner Frau und der kleinen Emma herzlicher. Wenn ich von der kleinen Emma spreche, so war dieses Prädikat durch ihr Aeußeres gar nicht gerechtfertigt; Emma, obgleich erst vierzehn Jahre, war schon ziemlich ausgewachsen, und wenn wir uns zuweilen durch einen Strich an der Tür maßen, so behauptete sie immer, ich habe sie übervorteilt und sei wenigstens einen halben Zoll kleiner.

Ich war damals sechzehn Jahre alt und begann aus allen Kräften zu wachsen; daß ich auf diese Art von Woche zu Woche fast merklich größer wurde, war mir nun recht lieb, dagegen kümmerte es mich sehr, daß meine Kleidungsstücke mich treuloserweise stecken ließen und nicht mit mir in die Höhe und Breite wuchsen. Der Vormund hatte erklärt, es seien keine Mittel vorhanden, mir vor Ablauf eines Jahres irgend etwas an neuer Garderobe zu verschaffen, und wenn mir die Großmutter nebst eines eindringlichen Briefes nicht das Geld zu einem Mantel geschickt, so hätte ich schon im Spätherbst bedeutend frieren müssen. Um mein einziges Tuchbeinkleid einigermaßen dem Körper passend zu erhalten, wurde durch die dicken Stege unter den Stiefeln und ein furchtbares Anschwellen der Hosenträger das Uebermögliche getan, so daß die Knöpfe schon mehreremal abgerissen waren, und ich dieselben abends selbst wieder befestigen mußte. Doch hat alles in der Welt seine Grenzen, auch die Dehnbarkeit eines abgetragenen Beinkleides, und so geschah es mir eines Tages, daß, als ich einige Stücke schweren Stoffs von der Stelle heben wollte, sämtliche Anhaltspunkte meiner Hose mit einem Male unerbittlich ihren Dienst aufkündigten und mir sogar der Stoff des linken Beines in der Gegend des Knies rundherum abriß. Verzweiflungsvoll eilte ich auf mein Zimmer und überlegte mit tiefem Schmerz, was nun zu tun sei, denn der Schaden war augenblicklich nicht zu ersetzen.

So eifrig ich auch meine Garderobe, die in einer Ecke des Zimmers sich hinter einem baumwollenen Vorhange befand, durchmusterte, es war wirklich kein Ersatzstück zu finden, als eine nicht mehr neue graufarbige Sommerhose. Ich entschloß mich kurz und gut, sie anzuziehen, warf einen wehmütigen Blick auf die Eisblumen am Fenster und litt, während ich hinunterging, mehr von dem Gefühle meiner Armut als von der Kälte. Herr Specht schüttelte den Kopf, die Ladenjungfer lächelte und die Prinzipalin winkte mir ins Speisezimmer.

„Nehme Er mir nicht übel," sagte die Frau ernst, „aber in solchem Anzug geht man nicht in den Laden!" Ich schwieg. „Ei, ei," fuhr sie fort, „wie kann man sich so vergessen! Oder," sagte sie zögernd und sah mich mit einem gutmütigen Blick an, der sich in einen herzlichen und freundlichen verwandelte, als sie bemerkte, daß sich mein Auge mit Tränen füllte, „oder ist seine Garderobe vielleicht so schlecht bestellt?" Ich nickte ja und setzte mit unsicherer Stimme hinzu, da mein Vormund sich geweigert habe, mir binnen Jahresfrist anderes machen zu lassen, so sei ich nicht imstande, dieselbe zu verbessern. „Es tut mir unendlich leid, so zu erscheinen, aber ich habe nichts anderes."

„Hm, hm," sagte die Prinzipalin, „das geht aber nicht und ich werde mich darum bekümmern. Schau Er, mein Freund, ich habe mit Vergnügen bemerkt, daß Er seine Kleidungsstücke recht sauber ausputzt, aber ebenso ist es mir nicht entgangen, daß dieselben nicht waren, wie sie hätten sein müssen; glaub Er mir aber, es ist für mich ein delikater Punkt, und wenn man auch behauptet, die Frau Stieglitz sei eine derbe verdrießliche Frau, die kein Gefühl habe, so ist das doch nicht wahr! Ich bin hart und gefühllos gegen schlechte Subjekte, aber für Leute, die sich gut aufführen, wie Er bis jetzt getan, sorge ich mit großem Vergnügen. Er kann," fuhr sie fort, „ein paar Tage aus dem Laden wegbleiben und anfangen, das neue Hauptbuch einzurichten, und während der Zeit läßt Er sich machen, was Er braucht."

„Aber," entgegnete ich, gerührt durch die freundlichen Worte der ernsten alten Frau, „ich weiß nicht, ob der Vormund . . ." — „Was aber! was Vormund!" fuhr sie mich hart an, „tu' Er, wie ich Ihm geheißen und sei Er nicht naseweis, auch schenken will ich Ihm nichts, da kann Er ruhig sein, es wird die Zeit kommen, wo ich mit Ihm Abrechnung halte, pack Er droben seine Garderobe und seine Wäsche aus, ich will die Geschichte einmal nachsehen; trotzdem Er ein langer großer Mensch ist, ist Er noch wie ein kleines Kind. Er hätte früher schon offenherziger gegen mich sein sollen, nur keine falsche Scham! Jetzt geh Er!"

Ich stieg die Treppe hinauf und wußte nicht, ob mir der eben gehabte Auftritt angenehm oder unangenehm war; insofern ich in der Sorgfalt der Prinzipalin einen Beweis ihrer Zufriedenheit entdeckte, fühlte ich mich schon etwas beruhigt, anderseits war es mir nicht lieb, wie ein kleines Kind behandelt zu werden, doch war ich am Ende froh, daß meine Verlegenheiten, die täglich größer wurden, auf diese Art ihr Ende erreichen sollten. — Und hatte mir nicht die Prinzipalin zu gleicher Zeit einen Beweis großen Vertrauens gegeben, indem sie mir das Hauptbuch übergab?

Meine Garderobe lag oben auf dem Tisch und nahm nicht viel Platz ein, und nachdem ich das bittere Geschäft, meine Armut auszulegen, besorgt, ging ich wieder in das Kontor hinab, nahm das neue wichtige Hauptbuch vor und malte die Zahlen der Paginas, sowie Soll und Haben nebst den Namen der Kunden kalligraphisch schön auf das dicke weiße Papier; ich fühlte wirklich, daß ich eine neue Stufe erklommen, und gab mir die außerordentlichste Mühe, das Eintragen der Kontos genau und richtig zu besorgen. Der Prinzipal gratulierte mir, der Herr Specht sagte mir leise: „Fahren Sie so fort, junger Mann, vergessen Sie aber ja über Ihre äußere Ausbildung die wichtigere innere nicht."

Fortsetzung folgt.

Papier hergestellt. 4,50 Mk. Als Ursache der geradezu unschwinglichen Preise bei Herstellung der denkbar schlechtesten Qualität wird allgemein eine an Wucher grenzende Profitsucht der in Frage kommenden Industriellen bezeichnet. Die Gewinne der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Unternehmungen sind nur vergleichbar mit den Gewinnen der schweren Rüstungsindustrie. In großen Vereinigungen zusammengeschlossen, verstehen sie es meisterhaft, die Not des Krieges materiell zu nützen. Die Behauptung, daß die Anschaffung teurer Maschinen, welche nach dem Kriege wertlos wären, die hohen Preise rechtfertigen, ist nicht begründet. Diese Maschinen sind in den Konjunkturjahren des Krieges längst bezahlt und verdient.

Dabei sind die Löhne der in der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen außerordentlich niedrig, und systematisch werden sie niedrig gehalten. Der Beweis hierfür ist der Regierung schon längst erbracht.

Der unterzeichnete Vorstand hält es deshalb für seine Pflicht, gegen die elende Bezahlung der Arbeiter, die Bewucherung des Publikums durch hohe Preise und dessen Benachteiligung durch schlechte Qualitäten ausdrücklich Einspruch zu erheben und Ew. Exellenz zu bitten, durch energische Maßnahmen im Interesse der gesamten Bevölkerung der Praxis der Papiergarn- und -Stoff erzeugenden Industrie entgegentreten zu wollen. Zu dieser Maßnahme dürfte auch die Beseitigung der von militärischer Seite den Unternehmern gegebenen Garantie der Abnahme ihrer Erzeugnisse und die gesetzliche Festlegung eines angemessenen Mindestlohnes für Arbeiter und Arbeiterinnen gehören.

Preiszuschläge bei Einkäufen der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft.

In der Ausgabe des „Textil-Arbeiters" vom 15. Februar 1918 ist ein leitender Aufsatz: „So wuchert man!" veröffentlicht, in dem heftige Vorwürfe gegen die Reichsbekleidungsstelle erhoben werden. Diese Angriffe fußen auf ein vertrauliches Rundschreiben des Reichsverbandes für Herren- und Knabenkleidung, daß auch dem Reichstagsabgeordneten Uhlig (Bautzen) zu einer kleinen Anfrage im Reichstag Veranlassung gegeben hat.

Die Reichsbekleidungsstelle gibt zu diesen Vorgängen folgende Erklärung:

Das Rundschreiben des Reichsverbandes ist ohne Wissen und Wollen der Reichsbekleidungsstelle versandt worden. Es entspricht nicht den Tatsachen, weshalb es sofort nach seinem Erscheinen von der Reichsbekleidungsstelle beanstandet worden ist.

An die Reichsbekleidungsstelle sind zur Beschaffung von Männeranzügen für den notwendigsten Bedarf der Eisenbahn-, Landwirtschafts- und Rüstungsarbeiter große Anforderungen gestellt worden. Die Reichsbekleidungsstelle konnte die benötigten Mengen aus den Beständen der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft nicht decken, weshalb sie sich an die betreffenden Fachverbände zur Beschaffung der Anzüge wandte. Nach Erörterungen erklärten sich diese zur Lieferung der verlangten Anzüge bereit, wobei ihnen ein angemessener Gewinnzuschlag zugesagt wurde. In den weiteren Verhandlungen mit dem Vorstand der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft wurde aus den Kreisen der Verbände ein Gewinnzuschlag bis zu 50 Prozent als angemessen bezeichnet, eine Forderung, die von dem Vorstande auf das Bestimmteste zurückgewiesen wurde. Es wurde festgestellt, daß sich 50 Prozent Zuschlag vielleicht für Anzüge rechtfertigen ließen, zu denen Stoffe verwendet sind, die aus der Friedenszeit stammen, daher also schon eine Zinsenlast von zirka 4 Jahren — 20—25 Prozent trügen, umsomehr als diese Stoffe verhältnismäßig billig seien. Im übrigen wurde von dem Vorstand festgestellt, daß sich für alle Arten von Anzügen ein einheitlicher Gewinnzuschlag nicht bestimmen ließe, daß dieser sich jedoch wesentlich unter 50 Prozent halten müsse. Die Direction würde jedes eingehende Angebot sorgfältig prüfen und bei Preisen, die unangemessen hoch seien, Vorlage des Einkaufspreises verlangen, um alsdann einen angemessenen Gewinn zu bestimmen. Von den bisher eingegangenen Angeboten konnte nur ein Teil als brauchbar erklärt werden, während es zu einem abschließenden Ankauf überhaupt noch nicht gekommen ist.

Wenn endlich in dem Artikel des Textil-Arbeiters die Frage aufgeworfen wird, was der Beirat der Reichsbekleidungsstelle zu dem getroffenen Abkommen sagen werde, so muß festgestellt werden, daß diese ganze Notstandsaktion die Billigung des Beirates, des Ausschusses der Verwaltungsbeamten und auch des Arbeitsausschusses der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle gefunden hat.

Unsere Parteifinanzen.

Durch die Einwirkungen des Krieges sind naturgemäß die Finanzen unserer Partei auf das empfindlichste in Mitleidenschaft gezogen worden. Ein Blick auf den Kassenbericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag zeigt, daß sowohl die Parteigeschäfte als auch die Organisation in ihrer ganzen Gliederung durch die Kriegsverhältnisse schwer getroffen worden sind. Hier eine Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse.

	Einnahme:	Ausgabe:
1913/14	1 405 454,94 Mk.	1 760 571,59 Mk.
1916/17	583 458,23 Mk.	976 295,99 Mk.

Die Einnahmen sind demnach wesentlich stärker zurückgegangen, als die Ausgaben. Noch klarer tritt der Rückgang in Erscheinung, wenn die Einnahmen aus den Beiträgen gegenübergestellt werden:

1913/14	786 467,25 Mk.	1916/17	161 778,68 Mk.

Dasselbe Bild zeigen die Abrechnungen der Bezirkskassen. Hier eine Gegenüberstellung des Bezirks Schleswig-Holstein (einschließl. Fürstentum Lübeck):

	Einnahme:	Ausgabe:
1913/14	65 213,63 Mk.	59 663,09 Mk.
1916/17	29 541,84 Mk.	21 995,24 Mk.

Die Einnahme aus den Beiträgen betrug:

1913/14	19 866,21 Mk.	1916/17	6 751,65 Mk.

Wie sich im einzelnen dieser ungeheure Rückgang erklärt, soll an dieser Stelle nicht besonders erörtert werden. Die Ursachen treten ja auch so offen zutage, daß es sich erübrigt, darüber noch lange Betrachtungen anzustellen. Was notwendiger ist, ist die Frage: Wie können wir in allerkürzester Zeit eine Hebung unserer Finanzen durchführen? Daß das so schnell wie möglich geschehen muß, ist ohne weiteres klar, wenn wir uns die großen Zukunftsaufgaben unserer Partei vorstellen. Soweit die Parteigeschäfte in Betracht kommen, hat man durch wiederholte Erhöhungen des Bezugspreises für die Zeitungen, durch Preissteigerungen der Druckerzeugnisse aller Art usw. die Einnahmen in ein gewisses Verhältnis zu den Ausgaben bringen können. Anders steht es mit den Einnahmen der Organisationen. Um diese Einnahmen zu heben und um die notwendigen Ausgaben nicht noch mehr einschränken zu müssen, hat der Parteivorstand und einige Bezirke Sammellisten herausgegeben. Der Ertrag dieser Sammlungen soll gewiß nicht gering angeschlagen werden; eine nennenswerte Besserung unserer Finanzlage kann dadurch aber keineswegs herbeigeführt werden. Unsere Partei ist in den letzten Jahren vor dem Kriege denn doch zu sehr von dem Wege der Listensammlung abgekommen, sodaß weite Kreise der Mitglieder dieser Art der Geldbeschaffung nicht mehr das notwendige Verständnis entgegenbringt. Im Bezirk Schleswig-Holstein wurden bisher auf Listen 577,25 Mk. eingebracht. Wenn man diese Summe mit dem Rückgang der Einnahmen aus Beiträgen vergleicht, stellt sich sofort die Unzulänglichkeit dieses Mittels zur Geldbeschaffung heraus. Diese Listensammlung [illegible] und soll ja auch nur als ein Aushilfsmittel, einem [illegible] Zwecke dienend, aufgefaßt und so bewertet werden. D[illegible]ige Mittel, die Finanzen der Partei durchgreifend zu reformieren ist und bleibt eine Beitragserhöhung auf der ganzen Linie.

In Berlin, Hamburg und wohl noch in andere Orten hat man diesen Weg bereits beschritten. Für die Partei im allgemeinen kommen dabei jedoch eine Reihe Umstände in Betracht, die wohl beachtet werden müssen. Was in abgeschlossenen Wirtschaftsgebieten einheitlich möglich ist, dürfte auf ganze Bezirke übertragen, zur Unmöglichkeit werden. Im Bezirk Schleswig-Holstein ist es bis heute erreicht worden, daß alle Wahlkreisorganisationen, mit einer Ausnahme, einzeln für sich betrachtet, einen einheitlichen Beitrag erheben. Einen einheitlichen Beitrag über den ganzen Bezirk, haben wir nicht durchführen können und wollen, obgleich die Entwicklung scheinbar dahin führte. Durch den Krieg wird diese Entwicklung direkt über den Haufen geworfen. In der Folge dürfte es nicht nur allein unmöglich sein, einen einheitlichen Beitrag im Bezirk durchzuführen, es wird auch nicht möglich sein in einer Wahlkreisorganisation den einheitlichen Beitrag aufrechtzuerhalten.

Wahlkreise, die einen vorwiegend oder überhaupt rein ländlichen Charakter tragen, können nicht einheitlich in der Beitragsleistung behandelt werden. Der Vorort eines Wahlkreises kann, seines industriellen Charakters wegen, vielleicht einen höheren Beitrag tragen als die übrigen Orte des Kreises. Auf diese Verhältnisse müßte unter allen Umständen die allergrößte Rücksicht genommen werden. Grundsätzlich müßte bei allen Beitragserhöhungen eine Staffelung in Betracht gezogen werden. Die Abrechnungen mit der Zentralkasse und Bezirkskasse werden durch die verschiedenen Beiträge gewiß kompliziert, es bleibt deshalb zu erwägen, ob nicht dieser Abführung ein einheitlicher Beitrag zugrunde gelegt werden kann. Im übrigen brauchen wir wohl im allgemeinen bei einer Beitragserhöhung nicht alle die Gefahren für die Organisation zu erblicken, die früher wohl beachtet werden mußten. Die Zeitverhältnisse haben auch hier für uns gearbeitet. Ist es doch soweit gekommen, daß von zahlreichen weiblichen Mitgliedern unserer Organisation der monatliche 15-Pfg.-Beitrag direkt als lächerlich bezeichnet worden ist. Ohne jede Gefahr für die Organisation kann heute nach den oben genannten Grundsätzen allgemein eine Beitragserhöhung durchgeführt werden. Mittlerweile haben die Mitglieder denn doch eingesehen, daß wir am Vorabend großer Ereignisse stehen, die ungeheure Anforderungen an die Partei auch in finanzieller Hinsicht stellen.

Neben einer Hebung der Finanzen durch die Erhöhung der Beiträge, muß eine Entlastung der Organisationen in der Erfüllung ihrer Aufgaben Hand in Hand gehen. Hier kommen in erster Linie die Aufwendungen der Partei in Betracht, die für die Ausbreitung der Presse nötig sind. Die Agitationskosten für die Presse wurden in unserem Bezirk, abgesehen von gelegentlichen Zuwendungen des Geschäfts, nur von den Parteikassen getragen. Seit dem 1. Januar ds. Js. ist durch Beschluß des Bezirksparteitages eine andere Regelung eingetreten. Von diesem Tage ab hat das Geschäft für jeden Vollabonnenten pro Monat fünf Pfennig an die Bezirkskasse abzuführen. Außerdem muß das Geschäft die schriftlichen Agitationsmittel liefern. Von dem Ertrag dieser so zugeführten Summen hat der Bezirksvorstand

1. die allgemeinen Agitationskosten für die Presse zu tragen und
2. die Zuschüsse an die einzelnen Korporäten zu decken.

Mit dieser Regelung ist zweifellos eine Gesundung unserer Finanzen verbunden; hatten doch die Aufwendungen für die Preßagitation einen ziemlichen Umfang angenommen. Diese Regelung entspricht auch einem Akt der Gerechtigkeit. Während jede bürgerliche Zeitung eine bestimmte Summe für ihre Propaganda aufwenden muß, wurden bei uns diese Propagandakosten nur von den Parteiorganisationen getragen. Mittlerweile haben sich — wenn auch nicht überall — die Parteigeschäfte bis zu einem gewissen Grade entwickelt, sodaß diese Kosten von diesen allein getragen werden können. Wo sie sich noch nicht so weit entwickelt haben, mußten Mittel und Wege gesucht werden, um mit der Zeit diese Kosten von den Schultern der Parteiorganisation zu nehmen. Bei unserem Kieler Parteigeschäft war diese Regelung natürlich auch nicht durchführbar ohne eine entsprechende Erhöhung des Bezugspreises für die Zeitung. Diese Erhöhung ist am 1. Januar eingetreten und hat uns einen Zuwachs von zirka 600 neuen Abonnenten gebracht. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß eine Erhöhung des Bezugspreises ein Mittel zur Gewinnung neuer Abonnenten darstellt. Die Tatsache aber, daß trotz der Erhöhung des Bezugspreises, ein Zuwachs der Abonnenten eintrat, sollte uns überzeugen, daß auch eine Beitragserhöhung nicht mehr auf solche Schwierigkeiten stößt, wie das früher der Fall war. Ohne eine solche werden wir nicht imstande sein, den kommenden Aufgaben gerecht zu werden. Um unsere Finanzen ganz wieder auf die alte Höhe zu bringen und noch darüber hinaus, werden vielleicht noch eine Reihe anderer Maßnahmen notwendig sein. Eine großzügige Reform kann jedoch erst nach diesem Kriege durchgeführt werden. Erst wenn in unseren Organisationen das alte vollblütige Leben pulsiert, erst dann werden unsere Kampfonds wieder Zeugnis von unserer Kraft ablegen.

H. Kürbis, Altona.

Gewerkschaftsbewegung.

Unternehmerverbände und Neuorientierung. Die Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die dieser Tage in Berlin abgehalten wurde, hat zwei Entschließungen angenommen, die zu der Forderung der Arbeitskammern und der Streichung des § 153 der Gewerbeordnung Stellung nehmen. Die erstere sagt in ihrem entscheidenden Teile: „Wenngleich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach wie vor der Ueberzeugung ist, daß durch die geplante Errichtung von Arbeitskammern das allseitig erstrebte Ziel der Förderung des wirtschaftlichen Friedens nicht erreicht, sondern im Gegenteil direkt gefährdet wird, stellt diese Vereinigung doch ihre Mitarbeit bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Verfügung." Die zweite geht dahin: „Die Vereinigung ist entschieden gegen die Aufhebung des § 153 der G.-O. ohne gleichzeitige Aenderung der allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen. Gerade die Streikausschreitungen der jüngsten Zeit sollten überzeugen, daß viel eher eine Verschärfung des schon jetzt als genügend erwiesenen Schutzes gegen den Streikterrorismus notwendig ist, als der in Aussicht gestellte Wegfall dieser Schutzvorschrift, der nur eine weitere Verwilderung der Wirtschaftskämpfe zur sicheren Folge haben muß." Das hat nichts gelernt und nichts vergessen!

Soziales.

Aufnahme eines Hilfsdienstpflichtigen in die Betriebskrankenkasse gilt als wichtiger Grund zur Erteilung des Ablehrscheins. Diese Entscheidung fällte der Schlichtungsausschuß in Bremen. In den Großbetrieben mit eigenen Betriebskrankenkassen herrscht die Unsitte, Arbeiter, die ein bestimmtes Alter überschritten haben, nicht in die Krankenkasse aufzunehmen. Diese mußten sich von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen, wozu sie der Zustimmung des Ortsarmenverbandes der Betriebsgemeinde bezw. Wohnsitzgemeinde haben mußten. Den Arbeitern blieb zu normalen Zeiten nichts anderes übrig, wenn sie Arbeit erhalten wollten. Im Krankheitsfalle waren sie dann auf die Armenunterstützung angewiesen und wurden dadurch noch ihrer politischen Rechte teilweise beraubt. Das Hilfsdienstgesetz schreibt jedoch die Versicherungspflicht aller Hilfsdienstpflichtigen vor, trotzdem hielten es aber viele Großbetriebe, darunter vor allem der Bremer Vulkan in Vegesack, nicht für notwendig, von ihren alten Gepflogenheiten abzugehen. Ein Arbeiter des Bremer Vulkan beantragte Erteilung des Ablehrscheines, weil er trotz mehrfachen Anregens nicht in die Betriebskrankenkasse aufgenommen wurde. Der Ablehrschein wurde erteilt und in der Begründung ausgeführt, daß Hilfsdienstpflichtige die Aufnahme in die Krankenkasse verlangen könnten und daß ihnen im Krankheitsfalle nicht zugemutet werden könne, der Armenbehörde anheimzufallen.

Für unsere Feldgrauen.

Ablehnung des zweiten Putzgeldes.

Mit dem Beschluß des Reichstages, den Mannschaften und Unteroffizieren, die einschließlich ihrer aktiven Dienstzeit mindestens zwei Jahre unter den Fahnen stehen, ein zweites Putzgeld zu gewähren, hat sich der Bundesrat in recht eigenartiger Weise abgefunden. Die Gewährung eines zweiten Putzgeldes wurde nämlich abgelehnt. Dafür hat man eine Verfügung erlassen, wonach den Mannschaften Putzzeug in natura ersetzt wird, wenn es ohne ihr Verschulden unbrauchbar wurde oder verloren gegangen ist. Erläuternd wird hinzugefügt, daß ein Mann auf diese Weise mehrmals neues Putzzeug erhalten könne, sodaß ihm damit sachgemäßer geholfen sei, als wenn ein zweites Putzgeld gewährt worden wäre.

Diese Regelung befriedigt nicht, denn der Soldat muß nun erst nachweisen, daß das Putzzeug ohne sein Verschulden unbrauchbar geworden ist. In den meisten Fällen wird dies gar nicht möglich sein oder aber den Angaben des Soldaten wird nicht geglaubt, dann muß er sich das Putzzeug von seiner Löhnung kaufen und damit wird die Erhöhung der Löhnung, zum Teil wenigstens, wieder illusorisch gemacht.

Die Briefzensur.

Besonders unangenehm empfinden die Soldaten mit vollem Recht die Briefzensur. Es ist unbestritten ein peinliches Gefühl, zu wissen, daß ein Dritter Kenntnis von rein familiären Dingen nimmt. Daraus erklärt sich auch das dringende Verlangen der Soldaten, diese Briefzensur zu beschränken auf das unbedingt notwendige Maß. Die Sozialdemokraten haben das gefordert, der Reichstag hat einmütig zugestimmt und die Heeresverwaltung erklärt nun:

„Die bisher angeordnete Prüfung der Briefe sämtlicher elsaß-lothringischen Heeresangehörigen ist inzwischen aufgehoben. Jetzt findet nur noch eine stichprobenweise Prüfung der Feldpost durch besondere Postüberwachungsstellen nach besonderen Weisungen der einzelnen Armee-Oberkommandos usw. statt. Diese Briefzensur, die nicht durch die unmittelbaren Vorgesetzten erfolgt, ist im militärischen Interesse unbedingt notwendig. Außerdem werden in besonderen Fällen (z. B. bei Truppenverschiebungen, kurz vor neuen Unternehmungen), um beabsichtigte militärische Maßnahmen zu verheimlichen, nur Postkarten zugelassen, die durch die unmittelbaren Vorgesetzten geprüft werden. Eine Prüfung der von den davon betroffenen Heeresangehörigen während dieser Zeit aufgelieferten Briefe findet nicht statt; sie werden nur zurückgehalten."

Aus Nah und Fern.

Zwei Häuser eingestürzt. In Preußisch-Holland in Ostpreußen sind in der Mauerstraße zwei Häuser wegen Baufälligkeit eingestürzt. Beide Häuser sind mit ihrer Hinterfront an die alte Stadtmauer angebaut. Da bei dem herrschenden Material- und Arbeitermangel an eine schnelle Ausbesserung des Schadens nicht zu denken ist, leerstehende Wohnungen aber auch nicht zu haben sind, hält es sehr schwer, den bisherigen Bewohnern ein Obdach zu verschaffen.

Ein Güterzug bei Duisburg von Räubern überfallen. Auf der Strecke Duisburg—Oberhausen überfiel eine Bande von fünf Personen einen auf Signal haltenden Güterzug, vertrieben das Zugpersonal mit vorgehaltenen Revolvern und raubten Militärgut aus den Wagen. Die Bande wurde später in Duisburg von Soldaten verhaftet.

Zwei schweizerische Flieger verunglückt. Wie der „Frankf. Zeitung" aus Bern berichtet wird, sind bei Thun der schweizerische Fliegerleutnant Pogan und sein Begleitoffizier, Leutnant Schoch, mit ihrem Doppeldecker aus einer Höhe von 80 Metern abgestürzt. Beide Insassen sind tot. Der Apparat überschlug sich in der Luft und fing Feuer. Die beiden auf ihren Sitzen festgebundenen Offiziere verbrannten.

Frank Wedekind, dessen „Erdgeist" kürzlich auch hier in Lübeck aufgeführt wurde, ist nach einer Blinddarmoperation im Alter von 54 Jahren gestorben. Als Schriftsteller gehört der Name Wedekind zu den bekanntesten, aber auch viel umstrittendsten.

82 000 Mark erbeutet. In der bayerischen Stadt Rehau an der sächsischen Grenze drangen in der Nacht Einbrecher in das Schmidtsche Bankgebäude ein, sprengten den Kassenschrank und stahlen 82 000 Mark.

Die Hamsterkutsche. In Bamberg fuhr neulich eine Kutsche gegen Mitternacht durch die Stadt, anscheinend zum Bahnhof. Einem Schutzmann fiel der mitgeführte große Koffer auf. Auf die Frage, wohin die Fahrt gehe, antwortete der Kutscher: „Nach dem Bahnhof!" Der Schutzmann aber traute der Sache nicht recht und nahm in der Nähe des Koffers auf dem Wagen Platz, ohne daß es der Kutscher merkte, die Fahrt ging nicht nach dem Bahnhof, sondern nach Hallstadt zu. Nach einer Weile wurde ein Wagenfenster geöffnet und eine Dame rief: „So, Kutscher, jetzt ist die Luft sauber, jetzt können wir wieder den richtigen Weg fahren." Da rief der Schutzmann: „Nein, jetzt fahren wir zur Polizei." Dort wurde der Koffer geöffnet, der mit Lebensmitteln aller Art voll bepackt war. Die Waren sollten — es klingt schier unglaublich — mit dem Wagen über Koburg nach Bochum in Westfalen geschmuggelt werden. Für die lange Reise hatten sich die Damen, Schwestern eines Bamberger Rechtsanwalts, und dessen Schwiegervater entsprechend eingerichtet und sogar, wie das „Bamb. Volksblatt" berichtet, mit sechs Wärmflaschen versehen. Der Fall zeigt, was sich vermögende Leute den Lebensmittelschmuggel kosten lassen.

Erdbeben auf Amon. Aus Batavia wird gemeldet: Ein Erdbeben hat Amon, eine chinesische Insel zwischen dem Festlande und Formosa, verwüstet. 200 Menschen sind umgekommen. Swatau hat großen Schaden gelitten.

80 Häuser niedergebrannt. Der größte Teil des Dorfes Oytno bei Radomsk (früher Gouvernement Pietrokow) ist durch Feuer vernichtet worden. Ueber 80 Häuser sind niedergebrannt; auch Menschen verbrannten. Zwei Leichen sind bisher geborgen worden.

Der grobe Doktor. Der bayerische Landtagsabgeordnete Georg Eisenberger hat folgenden Brief erhalten:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich lese soeben in der Zeitung Bericht über Ihre Rede in der gestrigen Vormittagssitzung der Kammer der Abgeordneten. Danach sollen Sie gesagt haben, der jetzige Streik sei eine Folge der alldeutschen Hetze, der Vaterlandspartei sei das Vaterland wurscht usw. Derartigen Mist kann nur ein ganz gescherter Rammel, ein vollendeter Hanswurst, der Erzberger Konkurrenz machen will, ein ganz gewöhnlicher Verleumder oder ein gewissenloser Hetzer zusammenreden. Ich bin natürlich weit entfernt anzunehmen, daß Sie dergleichen gesagt haben. Sie wären ja dann eine Neuauflage Ihres Kollegen „Joseph Filzer aus Mingharting, Bosd daselbst". Immerhin wäre es mir recht erwünscht, zu erfahren, was Sie nun eigentlich in Wirklichkeit gesagt haben, um so mehr, als ich vor Jahren einmal auch mein bescheiden Teil zu Ihrer Wahl beigetragen habe. Ich ersuche Sie daher höfl. um gfl. Zusendung des amtlichen Stenogramms.

In vorzüglicher Hochachtung ergebenst

Dr. Hans Wolf.

Man muß es dem Hänschen lassen, Bildung hat er. Das ist ein Genuß, so einen Brief zu lesen. Herr Eisenberger wird das Geschreibsel ja nicht allzutragisch nehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck